

2 DM

auswärts 2,50 DM

**I
N
T
E
R
W
A
L
L**

**Mao († 9. 9. 76) - „Kämpfe, wenn du siegen kannst;
marschiere weiter,
wenn du nicht siegen kannst.“**

Volkssport - Ganz Berlin turnt mit

Nr. 20

9. September 1988

VORWORT

Welche/wer ihren/seinen Beitrag in dieser Ausgabe des Infos nicht findet, sollte nicht enttäuscht sein. Wir haben diese Woche so viel Material bekommen, daß wir einiges auf die nächste Ausgabe verschieben mußten. Nächste Woche werden wir auch die vollständige Prozeßerklärung von Rene aus Holland drucken.

Ein Wort noch zu der Adressenliste der gefangenen GenossInnen: Natürlich sind (leider) noch viel mehr GenossInnen aus dem Widerstand in den Knästen - wir bemühen uns für eine der nächsten Ausgaben auch ihre Adressen zu bekommen.

Der Namenswechsel scheint einige Verwirrung ausgelöst zu haben, wir lassen uns weiterhin was einfallen...

und dann wäre da noch ne Nachricht für die GenossInnen in der BRD: bei einer Mindestbestellung von 5 Exemplaren können wir **Bücherläden** in der BRD beliefern. Außerhalb der Mauern dieser Stadt kostet das Info dann **2,50 DM**. Wir freuen uns, daß GenossInnen diese Arbeit übernehmen wollen.

Bestellungen, Nachrichten, Infos, Beiträge usw. usf. wie immer an

INTERIM

Gneisenastr. 2

1000 Westberlin 61

Aus gegebenem Anlaß -dem 12. Todestag Maos- haben wir uns erlaubt, eine stark gekürzte Fassung der "Theorie des Guerillakriegs" zusammenstellen.

Die strategische Defensive

Unter dieser Überschrift möchte ich die folgenden Probleme erörtern: 1. Aktive und passive Verteidigung, 2. Vorbereitungen zur Bekämpfung der «Einkreisungs- und Vernichtungs»-Feldzüge, 3. strategischer Rückzug, 4. strategische Gegenoffensive, 5. Einleitung der Gegenoffensive, 6. Zusammenziehung der Truppen, 7. Bewegliche Kampfführung, 8. Krieg der raschen Entscheidung und 9. Vernichtungskrieg.

1. Aktive und passive Verteidigung

Während der Feind das ganze Land beherrschte, verfügten wir nur über eine geringe Anzahl bewaffneter Kräfte und mußten infolgedessen von Anfang an einen harten Kampf gegen seine «Einkreisungs- und Vernichtungs»-Feldzüge bestehen. Unsere Offensiven standen in engster Verbindung mit unseren Bemühungen, diese «Einkreisungs- und Vernichtungs»-Feldzüge zu zerschlagen, und unser Schicksal hängt völlig von der Frage ab, ob wir dazu imstande sein werden oder nicht. Der Prozeß des Zerschlagens eines «Einkreisungs- und Vernichtungs»-Feldzuges ist recht umständlich und keineswegs so gradlinig, wie man es sich wünschen möchte. Das Hauptproblem – und das ist ein sehr ernstes Problem – ist, unsere Kraft zu erhalten und eine Gelegenheit abzuwarten. Daher ist die strategische Defensive das schwierigste und wichtigste Problem, dem sich die Rote Armee bei ihren Operationen gegenüberstellt.

Als die ersten revolutionären Guerillaeinheiten gebildet wurden, waren ihre Anführer oft nicht imstande, die Situation des Feindes sowie die eigene einzuschätzen. Da sie an einigen Orten mit der Organisation plötzlicher bewaffneter Aufstände oder Meutereien in den Truppen der Weißen Erfolg gehabt hatten, sahen sie nur die augenblicklich günstigen Umstände oder waren nicht imstande, den Ernst der Lage zu erkennen, der sie gegenübergestellt waren, so daß sie den Feind gewöhnlich unterschätzten. Obendrein begriffen sie gar nicht, wie schwach sie selber waren (d. h. wie wenig Erfahrung sie hatten und wie gering ihre Kräfte waren). Es war eine objektive Tatsache, daß der Feind stark und wir schwach waren, und trotzdem gab es Menschen, die dies nicht einsehen wollten, die immer nur von Angriff und nie von Verteidigung oder Rückzug sprachen, und was die Verteidigung betrifft sich geistig entwaffneten und folgerichtig Fehler begingen. Viele Guerillaeinheiten wurden aus diesem Grund besiegt.

Es gibt eine ganze Reihe von Beispielen für Rückschläge, die wir erlitten, weil wir uns vom Feind einschüchtern ließen.

Im Gegensatz zu jenen, die den Feind unterschätzten, gab es einige, die ihn ebenso gewaltig überschätzten, wie sie unsere eigene Kraft unterschätzten, was zur Folge hatte, daß sie eine unverantwortliche Rückzugspolitik betrieben und sich, was die Verteidigung betrifft, geistig entwaffneten. Daraus resultierte die Niederlage einiger Guerillaeinheiten oder das Scheitern einiger Feldzüge der Roten Armee oder auch deren Verlust von Stützpunkten.

Unter aktiver Verteidigung versteht man auch offensive Verteidigung oder Verteidigung durch entscheidende Gefechte. Passive Verteidigung ist auch bekannt als rein defensive Verteidigung oder auch reine Verteidigung. Passive Verteidigung ist gegenwärtig eine unechte Art der Verteidigung, und die einzig richtige Verteidigung ist aktive Verteidigung, also eine Verteidigung, die den Zweck verfolgt, einen Gegenangriff vorzubereiten und zur Offensive überzuleiten. Soweit mir bekannt ist, gibt und gab es weder in China noch im Ausland ein militärisches Handbuch von Wert oder einen ernst zu nehmenden Militärexperten, der sowohl in strategischen als auch in taktischen Fragen eine passive Verteidigung nicht völlig abgelehnt hätte. Nur ein absoluter Narr oder ein Verrückter würde den Begriff der passiven Verteidigung wie einen Talisman hegen und pflegen. Trotzdem gibt es in dieser Welt Menschen, die das tun. Im Krieg ist das ein Fehler, eine Bekundung von Konservatismus, der wir mit Entschiedenheit entgegenzutreten müssen.

Wenn Marx gesagt hat, daß ein bewaffneter Aufstand sich, sobald er einmal ausgebrochen sei, keinen Augenblick der Ruhe im Angriff gönnen dürfe²¹, so meint er damit, daß die Massen, wenn sie ihren Feind mit einer Revolte überrascht haben, den reaktionären Führern keine Gelegenheit geben dürfen, die politische Macht zu bewahren oder gar zurückzugewinnen, sondern den Augenblick nutzen müssen, in dem die regierenden reaktionären Kräfte der Nation noch unvorbereitet sind, um diese zu schlagen; daß sie sich mit den errungenen Siegen nicht zufriedengeben, den Feind nicht unterschätzen, in ihren Angriffen nicht nachlassen und nicht zögern dürfen, weiter vorwärts zu drängen; daß sie sich keinesfalls die Chance, den Feind zu vernichten, entgehen lassen dürfen, weil sie sonst die Revolution zum Scheitern bringen könnten. Das ist richtig. Es bedeutet jedoch nicht, daß wir Revolutionäre, wenn wir bereits in den Kampf mit einem überlegenen Feind verwickelt sind, keine defensiven Maßnahmen anwenden dürften – auch dann nicht, wenn wir hart bedrängt werden. Nur ein völliger Idiot würde so denken.



Die Hauptmarschroute der 1. Frontarmee der KPCh

- Flüsse
- Eisenbahnen
- Provinzgrenzen
- Internationale Grenzen
- Große Mauer
- Chinesische Kommunistische Basis

2. Vorbereitungen zur Bekämpfung der «Einkreisungs- und Vernichtungs»-Feldzüge

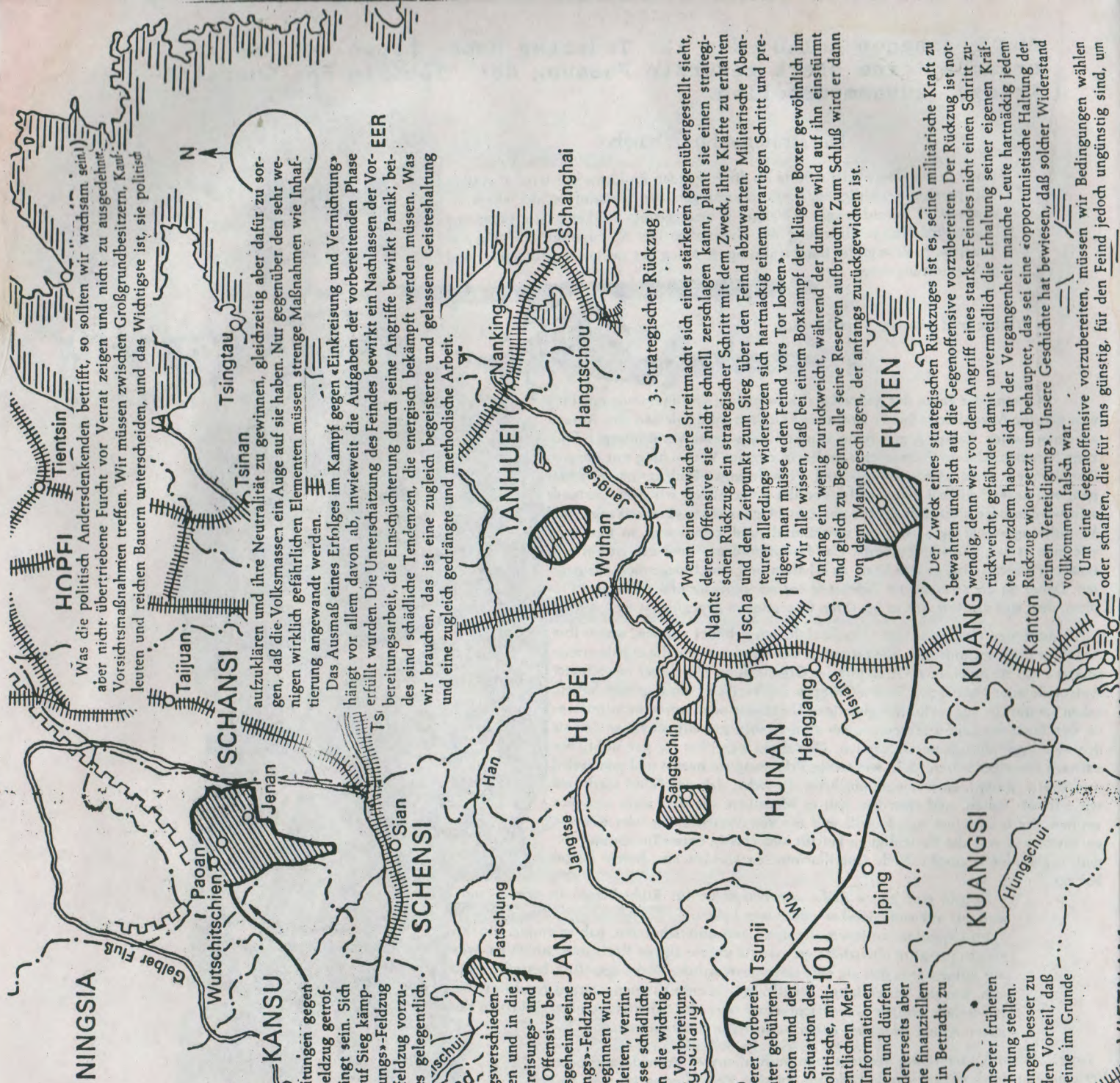
Solange wir nicht die notwendigen und ausreichenden Vorbereitungen gegen einen vom Feind geplanten «Einkreisungs- und Vernichtungs»-Feldzug getroffen haben, werden wir zwangsläufig in eine passive Lage gedrängt sein. Sich übereilt auf einen Kampf einlassen, heißt, ohne sichere Aussicht auf Sieg kämpfen. Wenn daher der Feind einen «Einkreisungs- und Vernichtungs»-Feldzug vorbereitet, ist es für uns unbedingt notwendig, unseren Gegenfeldzug vorzubereiten. Sich solchen Vorbereitungen zu widersetzen, wie dies gelegentlich Leute in unseren Reihen tun, ist kindisch und lächerlich.

TIBET

Hier ergibt sich ein schwieriges Problem, das leicht zu Meinungsverschiedenheiten führen kann. Wann müssen wir unsere Offensive beenden und in die Phase der Vorbereitung unseres Gegenfeldzuges gegen den «Einkreisungs- und Vernichtungs»-Feldzug eintreten? Wenn wir uns siegreich in der Offensive befinden und der Feind sich in der Defensive befindet, trifft er in der Offensive seine Vorbereitungen für den nächsten «Einkreisungs- und Vernichtungs»-Feldzug; darum ist es für uns schwierig zu wissen, wann seine Offensive beginnen wird. Wenn wir unsere Vorbereitungen zum Gegenfeldzug zu früh einleiten, verringern wir damit die Erfolge unserer Offensive und werden gewisse schädliche Wirkungen auf die Rote Armee und das Volk hervorrufen. Denn die wichtigsten Maßnahmen der Vorbereitungsphase sind die militärischen Vorbereitungen für den Rückzug und die politische Aufklärung hierfür.

Daher ist die Wahl des richtigen Augenblicks für den Beginn unserer Vorbereitungen ein wichtiges Problem. Der richtige Augenblick sollte unter gebührender Beachtung der Feindsituation sowie unserer eigenen Situation und der Wechselbeziehung zwischen beiden bestimmt werden. Um die Situation des Feindes kennenzulernen, müssen wir Informationen über seine politische, militärische und finanzielle Stellung sowie über den Stand der öffentlichen Meinung in seinem Territorium einziehen. Bei der Analyse solcher Informationen müssen wir die Gesamtstärke des Feindes voll in Rechnung stellen und dürfen das Ausmaß seiner früheren Niederlagen nicht überschätzen; andererseits aber dürfen wir auch nicht verfehlen, seine inneren Widersprüche, seine finanziellen Schwierigkeiten, die Wirkung seiner früheren Niederlagen usw. in Betracht zu ziehen.

Was unsere Seite betrifft, so dürfen wir das Ausmaß unserer früheren Siege nicht überschätzen, aber auch ihre Auswirkung voll in Rechnung stellen. Allgemein gesprochen jedoch beginnt man mit den Vorbereitungen besser zu früh als zu spät, denn man riskiert kleinere Verluste und hat den Vorteil, daß eine gute Vorbereitung manche Gefahr ausschaltet und uns in eine im Grunde unbesiegbare Position setzt.



Was die politische Andersdenkenden betrifft, so sollten wir wachsam sein, aber nicht übertriebene Furcht vor Verrat zeigen und nicht zu ausgedehnten Vorsichtsmaßnahmen treffen. Wir müssen zwischen Großgrundbesitzern, Kaufleuten und reichen Bauern unterscheiden, und das Wichtigste ist, sie politisch leiten und ihre Neutralität zu gewinnen, gleichzeitig aber dafür zu sorgen, daß die Volksmassen ein Auge auf sie haben. Nur gegenüber den sehr wenigen wirklich gefährlichen Elementen müssen strenge Maßnahmen wie Inhaftierung angewandt werden.

Das Ausmaß eines Erfolges im Kampf gegen «Einkreisung und Vernichtung» hängt vor allem davon ab, inwieweit die Aufgaben der vorbereitenden Phase erfüllt wurden. Die Unterschätzung des Feindes bewirkt ein Nachlassen der Vorbereitung, die Einschüchterung durch seine Angriffe bewirkt Panik; beides sind schädliche Tendenzen, die energisch bekämpft werden müssen. Was wir brauchen, das ist eine zugleich begeisterte und gelassene Geisteshaltung und eine zugleich gedrungene und methodische Arbeit.

Wenn eine schwächere Streitmacht sich einer stärkeren gegenübergestellt sieht, deren Offensive sie nicht schnell zerschlagen kann, plant sie einen strategischen Rückzug, ein strategischer Schritt mit dem Zweck, ihre Kräfte zu erhalten und den Zeitpunkt zum Sieg über den Feind abzuwarten. Militärische Abenteuer allerdings widersetzen sich hartnäckig einem derartigen Schritt und predigen, man müsse «den Feind vors Tor locken».

Wir alle wissen, daß bei einem Boxkampf der klügere Boxer gewöhnlich im Anfang ein wenig zurückweicht, während der dumme wild auf ihn einstürmt und gleich zu Beginn alle seine Reserven aufbraucht. Zum Schluß wird er dann von dem Mann geschlagen, der anfangs zurückgewichen ist.

3. Strategischer Rückzug

Der Zweck eines strategischen Rückzuges ist es, seine militärische Kraft zu bewahren und sich auf die Gegenoffensive vorzubereiten. Der Rückzug ist notwendig, denn wer vor dem Angriff eines starken Feindes nicht einen Schritt zurückweicht, gefährdet damit unvermeidlich die Erhaltung seiner eigenen Kräfte. Trotzdem haben sich in der Vergangenheit manche Leute hartnäckig jedem Rückzug widersetzt und behauptet, das sei eine «opportunistische Haltung der reinen Verteidigung». Unsere Geschichte hat bewiesen, daß solcher Widerstand vollkommen falsch war.

Um eine Gegenoffensive vorzubereiten, müssen wir Bedingungen wählen oder schaffen, die für uns günstig, für den Feind jedoch ungünstig sind, um

nach Möglichkeit einen Umschwung im Kräfteverhältnis herbeizuführen, bevor wir mit der Gegenoffensive beginnen.

Im Licht unserer bisherigen Erfahrungen sollten wir während des Rückzugs darauf achten, daß mindestens zwei der folgenden Bedingungen erfüllt sind, bevor wir die Situation als für uns günstig und für den Feind ungünstig ansehen und bevor wir zur Gegenoffensive übergehen. Diese Bedingungen lauten:

1. Die Bevölkerung gewährt der Roten Armee aktive Unterstützung.
2. Das Gelände ist für unsere Operation geeignet.
3. Alle Hauptkräfte der Roten Armee sind vereint.
4. Wir haben die schwachen Stellen des Feindes entdeckt.
5. Der Feind ist erschöpft und demoralisiert.
6. Der Feind ist zu Fehlern verleitet worden.

Die erste Bedingung, die aktive Unterstützung seitens der Bevölkerung, ist für die Rote Armee am wichtigsten. Das bedeutet, daß man ein revolutionäres Gebiet besitzt. Sofern diese Bedingung gegeben ist, ist es leicht, die vierte, fünfte und sechste Bedingung zu erfüllen. Wenn darum der Feind eine großangelegte Offensive startet, rat die Rote Armee sich normalerweise aus der weißen Zone in ihr eigenes Stützpunktgebiet zurückzuziehen, weil hier die Bevölkerung der Roten Armee die lebhafteste Unterstützung gegen die Weiße Armee gewährt. Auch besteht ein Unterschied zwischen den Randbezirken und dem Zentrum des Stützpunktgebietes; im Zentrum ist die Bevölkerung zuverlässiger, wenn es gilt, das Durchsickern von Informationen zum Feind zu verhindern, Erkundungen und Nachschub zu unterstützen, an Kampfhandlungen teilzunehmen usw.

Ein Vorteil des Operierens im Zentrum des eigenen Gebietes besteht darin, daß die zurückweichende Armee in der Lage ist, das für sie günstige Terrain selber auszuwählen und den angreifenden Feind zum Kampf nach ihren eigenen Bedingungen zu zwingen. Um eine starke Armee zu schlagen, muß eine schwache Armee sehr sorgfältig das als Schlachtfeld geeignete Terrain aussuchen.

Eine weitere wesentliche Aufgabe im Kampf einer schwachen Armee gegen eine starke besteht darin, die schwachen Einheiten des Feindes ausfindig zu machen und anzugreifen. Zu Beginn einer Offensive des Feindes jedoch wissen wir gewöhnlich noch nicht, welche seiner vorrückenden Kolonnen die stärkste, welche die zweitstärkste, welche die schwächste und welche die zweitschwächste ist, so daß zunächst bestimmte Erkundungen notwendig sind. Das nimmt oft beträchtliche Zeit in Anspruch. Auch aus diesem Grund ist ein strategischer Rückzug erforderlich.

Ein weiterer Zweck des Rückzugs ist schließlich, den Feind zu Fehlern zu verleiten oder seine Fehler zu entdecken. Man muß sich darüber klar sein, daß ein feindlicher Befehlshaber, so begabt er auch sein mag, auf die Dauer einige Fehler nicht vermeiden kann. Wir haben also immer die Möglichkeit, die Blöße, die er uns bietet, auszunutzen. Der Feind wird unweigerlich Fehler machen, genau wie wir uns zuweilen verrechnen und ihm Blößen liefern, die er ausnutzen kann. Obendrein können wir den Feind noch zu Fehlern verleiten, indem wir beispielsweise «ein Erscheinen voraussetzen», d. h., wenn wir im Osten einen Scheinangriff führen, während wir im Westen wirklich angreifen.

Der strategische Rückzug ist ausschließlich darauf gerichtet, zur Gegenoffensive überzuleiten, und ist lediglich das erste Stadium der strategischen Defensive. Die entscheidende strategische Frage ist, ob in dem darauffolgenden Stadium der Gegenoffensive ein Sieg errungen werden kann.

4. Strategische Gegenoffensive

Um die Offensive eines uns absolut überlegenen Feindes zum Stehen zu bringen, müssen wir während unseres strategischen Rückzugs eine Situation schaffen, die für uns günstig, für den Feind ungünstig und völlig verschieden ist von der Situation, die zu Beginn der feindlichen Offensive vorhanden war.

Die nötigen Bedingungen und die entsprechende Situation werden nicht allein während des strategischen Rückzugs geschaffen, sondern man muß auch im Stadium der Gegenoffensive weiter daran arbeiten. Allerdings sind sie im späteren Stadium weder in Form noch Verlauf dem früheren absolut gleichzusetzen.

Die Niederlage einer Seite wird unmittelbar und sehr rasch auf der besieigten Seite zu Anstrengungen führen, eine Katastrophe zu vermeiden, sich aus ihren neuen Bedingungen und ihrer ungünstigen Situation (die ja für den Feind günstig ist) zu befreien und solche Bedingungen bzw. eine solche Situation wiederherzustellen, die für sie günstig und für ihren Gegner ungünstig ist, um Druck auf den Feind auszuüben.

Der Sieger andererseits wird die genau umgekehrten Anstrengungen machen. Er wird danach trachten, seinen Sieg auszunutzen und dem Feind noch größeren Schaden zuzufügen; er wird die für ihn günstigen Bedingungen wahrnehmen, seine Situation noch weiter verbessern und nach Möglichkeit verhindern, daß der Feind sich aus der ungünstigen Situation befreit und die Katastrophe abwendet.

So werden also an beide Seiten im Stadium der Entscheidungsschlacht die höchsten Anforderungen gestellt; das Kampfgeschehen ist komplizierter und wechselfoller, die Operationen schwerer durchführbar und anstrengender als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt des Krieges oder des Feldzugs; auch an die Führung stellt diese Zeit höchste Anforderungen.

Im Stadium der Gegenoffensive entstehen viele Probleme, die wichtigsten sind der Beginn der Gegenoffensive, die Zusammenziehung der Truppen, die bewegliche Kampfführung, die raschen Entscheidungskämpfe und der Vernichtungskrieg. Weder in einer Gegenoffensive noch in einer Offensive unterscheiden sich die Prinzipien, auf die sich diese Probleme beziehen, in ihrem grundsätzlichen Charakter. In diesem Sinn können wir sagen, daß eine Gegenoffensive eine Offensive ist.

5. Beginn der Gegenoffensive

Das Problem des Beginns einer Gegenoffensive ist das Problem der «Eröffnungsschlacht» oder der «Einleitung».

Bevor man in die erste Schlacht geht, muß man also eine allgemeine Vorstellung davon haben, wie die zweite, dritte, vierte und sogar auch die letzte Schlacht geschlagen werden sollte, und man muß in Betracht ziehen, welche Veränderungen hinsichtlich der gesamten Situation des Feindes unser Sieg oder unsere Niederlage in jeder der kommenden Schlachten nach sich ziehen wird. Auch wenn das Resultat nicht genauso ausfallen sollte, wie wir es uns ausrechnen – und das wird es ganz gewiß nicht –, müssen wir doch jede Einzelheit im Lichte der allgemeinen Lage auf beiden Seiten sorgfältig und realistisch im voraus bedenken. Ohne einen Begriff von der Gesamtsituation zu haben, kann man unmöglich einen wirklich guten Zug auf dem Schachbrett machen.

Im Krieg wie in der Politik ist es schädlich, jeweils immer nur einen Schritt voranzuplanen. Und nach jedem Schritt muß man die daraus folgenden konkreten Veränderungen überprüfen und seine strategischen und taktischen Pläne entsprechend modifizieren. Wer dies nicht tut, neigt zu dem Fehler, ohne Berücksichtigung der Gefahren blindlings draufloszustürmen. Auf alle Fälle aber braucht man unbedingt einen großangelegten Plan, dessen allgemeine Richtlinien durchdacht sind und der ein ganzes strategisches Stadium oder sogar mehrere strategische Stadien umfaßt. Wer es unterläßt, einen solchen Plan zu entwerfen, wird dem Fehler verfallen, zu zögern, die Initiative zu verlieren und damit den strategischen Zielen des Feindes Vorschub zu leisten und selbst in eine passive Lage zu geraten. Man sollte stets bedenken, daß auch das Oberkommando des Feindes einige strategische Einfälle hat. Nur wenn wir uns dazu erziehen haben, immer einen Kopf größer zu sein als der Feind, werden wir strategische Siege erringen können.

Die erste Schlacht muß gewonnen werden. Der Plan für den gesamten Feldzug muß stets berücksichtigt werden. Und ebenso ist das folgende strategische Stadium zu berücksichtigen. Das sind die drei Grundregeln, die wir beim Beginn einer Gegenoffensive, also bevor wir in die erste Schlacht gehen, nie vergessen dürfen.

6. Zusammenziehung der Truppen

Die Zusammenziehung der Truppen erscheint einfach, ist aber in der Praxis schwierig. Jeder weiß, daß man am besten eine große Streitmacht einsetzt, um eine kleine zu schlagen, und doch handeln viele nicht nach diesem Prinzip, sondern zersplittern nur zu oft ihre Kräfte.

Gleichgültig, wie kompliziert, ernst oder gefährlich die Umstände auch sind, ein militärischer Befehlshaber muß vor allem die Fähigkeit besitzen, bei der Einteilung und dem Einsatz der ihm unterstehenden Truppen unabhängig zu handeln. Der Feind mag ihn noch so oft in eine passive Situation hineinzwängen, Hauptsache ist, er kann rasch die Initiative zurückgewinnen. Hierin ver-sagen, heißt Niederlage.

Die Initiative ist kein Gebilde der Phantasie, sondern etwas durchaus Konkretes und Materielles. Es kommt hierbei vor allem darauf an, eine möglichst große, von echtem Kampfegeist besetzte Streitmacht zu haben und zusammen-zuhalten.


Zusammenziehung der Truppen, bewegliche Kampfführung, schnelle Entscheidungskämpfe und Vernichtungskrieg sind die erforderlichen Bedingungen, wenn man dieses Ziel voll verwirklichen will. Und die Zusammenziehung der Truppen ist von all diesen Bedingungen die erste und wichtigste.

Wir können die strategische Überlegenheit des Feindes in unsere Überlegenheit in Schlachten und Gefechten umwandeln. Wir können den Feind, der sich in einer starken strategischen Position befindet, durch Schlachten und Gefechte in eine schwache Position drängen. Gleichzeitig können wir unsere eigene schwache strategische Position in eine starke Position in Schlachten und Gefechten umwandeln. Ein solches Verhalten bezeichnen wir als Operationen auf der äußeren Kampflinie innerhalb der Operationen auf der inneren Kampflinie, Einkreisung und Vernichtung in der Operationen auf der Vernichtung, Blockade in der Offensive, Vorstoß in der Defensive, Überlegenheit in der Unterlegenheit, Stärke in der Schwäche, Vorteil im Nachteil, Initiative in der Passivität. Die Erringung eines Sieges in der strategischen Defensive hängt grundsätzlich von dieser Maßnahme ab – Zusammenziehung der Truppen.

7. Bewegliche Kampfführung

Bewegliche Kampfführung oder Stellungskrieg? Unsere Antwort lautet: Bewegliche Kampfführung. Solange wir weder über eine große Armee noch über große Munitionsvorräte verfügen, solange es nur eine einzige Rote Armee gibt, die für die Kämpfe in Stützpunkten eingesetzt werden muß, ist ein Stellungskrieg für uns sinnlos. Und zwar sind die Methoden des Stellungskrieges für uns sowohl im Angriff als auch in der Verteidigung nicht anwendbar.


Bei den Operationen der Roten Armee fällt vor allem die Tatsache ins Auge, daß wir keine festen Frontlinien haben, was sich auch daraus ergibt, daß der Feind mächtig ist, während die Rote Armee technisch ungenügend ausgerüstet ist.




Die Kampflinien der Roten Armee werden durch die Richtung ihrer Operationen bestimmt. Da diese Richtung oft wechselt, sind die Kampflinien fließend. Und wenn auch die Hauptrichtung innerhalb einer bestimmten Zeitspanne nicht wechselt, so können sich die Nebenrichtungen doch jeden Moment verschieben. Wenn wir in der einen Richtung nicht weiterkommen, müssen wir uns in eine andere wenden. Und wenn wir nach einer gewissen Zeit auch in der Hauptrichtung nicht weiterkommen, müssen wir auch diese abändern.

Die Veränderlichkeit der Kampfhandlungen und des Territoriums wiederum bringt Schwankungen in den Aufbauarbeiten in unseren Stützpunktbereichen mit sich. Aufbaupläne über mehrere Jahre hinweg kommen gar nicht in Betracht, und häufige Änderungen sind an der Tagesordnung.

Es ist vorteilhaft für uns, wenn wir dieses Merkmal erkennen. Wir müssen unsere Planung darauf abstimmen und dürfen uns nicht der Illusion hingeben, es gäbe in unserem Krieg nur ein Vordringen ohne jedes Zurückweichen. Wir dürfen uns nicht bei jeder vorübergehenden Verschiebung unserer Territorien oder unseres Hinterlandes aufregen und dürfen gar nicht erst ausführliche Pläne für eine längere Zeitspanne entwerfen. Wir müssen unser Denken und Handeln den Umständen anpassen, stets ebenso bereit sein, uns irgendwo niederzulassen wie weiterzumarschieren, und unsere Marschrationen jederzeit zur Hand haben. Nur wenn wir uns an die jetzige veränderliche Lebensform gewöhnen, können wir uns für morgen eine relative und für späterhin eine absolute Stabilität sichern.

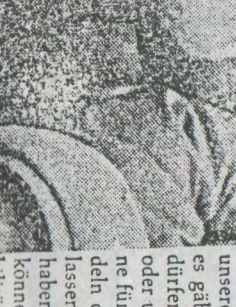


«Kämpfe, wenn du siegen kannst; marschiere weiter, wenn du nicht siegen kannst.» Das ist mit einfachen Worten die Beschreibung unserer jetzigen beweglichen Kampfführung. Nirgends auf der Welt gibt es einen Militärexperten, der nur zum Kämpfen rat und niemals zum Weitermarschieren, wenn gleich wenige Menschen so viel marschieren wie wir. Gewöhnlich verbringen wir mehr Zeit mit dem Marschieren als mit dem Kämpfen und wären schon recht froh, wenn wir durchschnittlich eine nennenswerte Schlacht pro Monat schliessen. Aber all unser «Marschieren» dient dem «Kämpfen», und unsere ganze Strategie und Taktik ist auf dem Kampf aufgebaut. Trotzdem gibt es Zeiten, in denen es für uns nicht ratsam ist, zu kämpfen. Das ist erstens dann der Fall, wenn die uns gegenübersiehende Streitmacht allzu groß ist; zweitens, wenn diese Streitmacht zwar nicht so groß, aber in nächster Nähe anderer feindlicher Truppeneinheiten stationiert ist. Drittens ist es im allgemeinen ungünstig, gegen eine feindliche Streitmacht vorzugehen, die nicht isoliert ist und in stark befestigten Stellungen sitzt. Viertens aber sollte man einen Kampf, bei dem keine Aussicht auf Sieg ist, nicht weiterführen. In jeder dieser genannten Situationen sind wir darauf vorbereitet, weiterzumarschieren. Dieses Weitermarschieren ist sowohl erlaubt wie notwendig. Wenn wir es für notwendig erachten, immer weiterzumarschieren, dann deshalb, weil wir wissen, daß wir kämpfen müssen. Darin liegt das grundsätzliche Merkmal der beweglichen Kampfführung der Roten Armee.



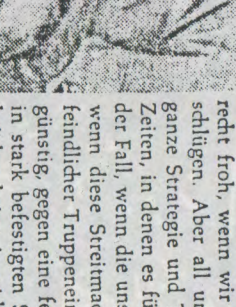
Das Guerillakrieg hat zwei Aspekte. Der eine ist die Irregularität – also Dezentralisierung, Mangel an Einheitlichkeit, das Fehlen einer strikten Disziplin und einfache Arbeitsmethoden. Diese Merkmale stammen noch aus der Anfangszeit der Roten Armee, und einige von ihnen entsprachen dem, was wir seinerzeit brauchten.

Der andere Aspekt des Guerillakriegs besteht in dem Prinzip der beweglichen Kriegführung, in dem Guerilla-Charakter sowohl der strategischen als auch der taktischen Operationen, der im Augenblick noch notwendig ist in der unvermeidbaren Veränderlichkeit unseres Stützpunktbereichs, in der Beweglichkeit bei der Aufbauplanung des Stützpunktbereichs, in der Ablehnung vorzeitiger Regularisierung der Roten Armee. In diesem Zusammenhang ist es unzulässig, ja, sogar gefährlich für unsere gegenwärtigen Operationen, die geschilderten Tatsachen zu leugnen, sich der Beibehaltung des Nützlichen zu widersetzen und sich übereilt von dem jetzigen Stadium loszusagen, um blindlings auf ein «neues Stadium» loszustimmen, das vorerst noch außerhalb unserer Reichweite liegt und im Augenblick keinerlei reale Bedeutung hat.



Die bewegliche Kampfführung stellt zahlreiche Probleme für uns bereit, so die Erkundung der Lage, ihre Beurteilung, Entscheidung, Kampfaufstellung, Kommando, Versteck, Zusammenziehung der Truppen, Vorstoß, Aufmarsch, Angriff, Verfolgung, Überraschungsangriff, Verteidigung aus der Stellung heraus, Gefechtsfähigkeit, Rückzug, Nachkampf, Spezialoperationen, starken Einheiten ausweichen und schwache angreifen, den Gegner bedrängen, um einen Schlag gegen seine Verstärkungen zu führen, Scheinangriff, Luftabwehr, Operationen gegen bestimmte Einheiten des Feindes, Umgehungsmanöver, aufeinanderfolgende Operationen, Operationen ohne Hinterland, die nötigen Ruhepausen zum Aufbau der Kräfte. Diese Probleme enthalten viele spezifische Züge in der Geschichte der Roten Armee, mit denen man sich methodisch beschäftigen sollte und die in der Feldzugswissenschaft zusammengefaßt werden sollten, auf die ich hier jedoch nicht eingehen kann.

8. Krieg der raschen Entscheidung



Ein strategisch verlängerter Krieg, und Feldzüge oder Schlachten mit rascher Entscheidung sind zwei Seiten ein und derselben Sache, zwei Prinzipien, auf die wir in Bürgerkriegen gleichmäßigen und gleichzeitigen Nachdruck legen müssen und die auch in ant imperialistischen Kriegen anwendbar sind.

Die revolutionären Kräfte können nur langsam wachsen, da die reaktionären Kräfte sehr stark sind, und diese Tatsache bestimmt die lange Dauer unseres Krieges. Hier ist jede Ungeduld schädlich und jedes Drängen auf «rasche Entscheidung» falsch.

Eine schnelle Entscheidung wird nicht erreicht, wenn man sie herbeiwünscht, sondern es sind hierzu ganz besondere Bedingungen erforderlich. Die Hauptbedingungen lauten: angemessene Vorbereitung, Erfassung des günstigsten Augenblicks, Zusammenziehung überlegener Streitkräfte, Anwendung der Einkreisungs- und Umgehungstaktiken, günstiges Gelände, Angriffe gegen den Feind, solange er sich in Bewegung befindet oder wenn er sich festzusetzen beginnt, aber seine Stellungen noch nicht verstärkt hat. Wenn diese Bedingungen nicht erfüllt sind, läßt sich in einem Feldzug oder in einer Schlacht keine schnelle Entscheidung erzwingen.

Um einen feindlichen «Einkreisungs- und Vernichtungs»-Feldzug zu zerlegen, bedarf es eines großangelegten Feldzugs; doch auch hier muß man nach dem Prinzip der raschen Entscheidung und nicht nach dem lange dauernden Kriege handeln. Denn Arbeitskraft, finanzielle Hilfsquellen und militärische Kraft in einem Stützpunktgebiet dulden keine lange Kriegsdauer.

Obgleich rasche Entscheidung das allgemeine Prinzip ist, müssen wir doch vor einer unangebrachten Ungeduld warnen. Der höchste militärische und politische Führungsstab eines Stützpunktgebietes muß die allgemeinen Bedingungen in diesem Gebiet sowie die Lage des Feindes genau einkalkulieren und darf sich unter keinen Umständen durch die Grausamkeit des Feindes einschüchtern lassen, vor ertragbaren Strapazen nicht fürchten und sich durch Rückschläge nicht entmutigen lassen, auch muß er die nötige Geduld und Ausdauer aufbringen.

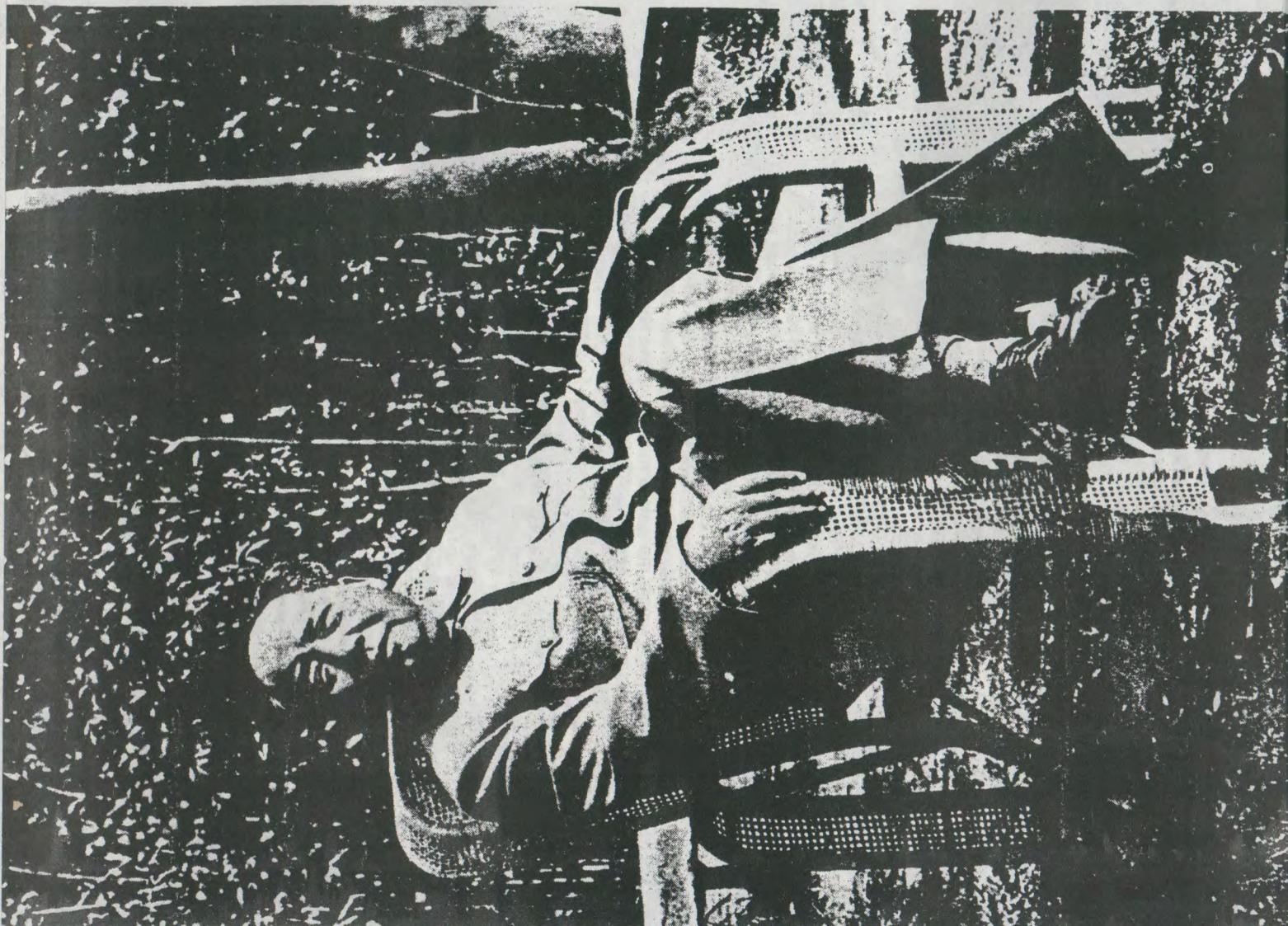
9. Vernichtungskrieg

Nur indem wir die effektive Stärke des Feindes vernichten, können wir seine «Einkreisungs- und Vernichtungs»-Feldzüge zerschlagen und unsere revolutionären Stützpunkte ausdehnen. Dem Feind Verluste zuzufügen, ist ein Weg zu seiner Vernichtung – sonst hätten sie keinen Sinn. Indem wir dem Feind Verluste zufügen, haben wir selber Verluste, die jedoch durch die Vernichtung seiner Einheiten aufgewogen werden. Wir gleichen hierbei nicht nur unsere Verluste aus, sondern vergrößern die Stärke unserer Armee. Eine Schlacht, in welcher der Feind geschlagen wird, ist nicht grundsätzlich entscheidend, wenn wir es mit einem sehr starken Gegner zu tun haben.

Der Vernichtungskrieg bedingt die Zusammenziehung größerer Truppenmengen und die Anwendung von Einkreisungs- und Umgehungstaktiken. Das eine ist ohne das andere nicht durchzuführen. Unentbehrliche Vorbedingungen für die Vernichtung des Gegners sind die Unterstützung durch die Bevölkerung, ein günstiges Gelände, eine verwundbare feindliche Streitmacht und der Vorteil der Überraschung.

Einen Feind lediglich zu schlagen oder ihn entweichen zu lassen, hat nur dann Sinn, wenn unsere Hauptstreitmacht in der Schlacht oder dem gesamten Feldzug ihre Vernichtungsoperationen auf andere feindliche Einheiten konzentriert. Andernfalls ist eine solche Schlacht sinnlos. So werden die Verluste durch die Gewinne gerechtfertigt.

Auch wenn wir eine eigene Kriegsindustrie aufbauen, so dürfen wir doch nicht von ihr abhängig werden. Es muß ein Grundsatz unserer Politik bleiben, daß wir uns hinsichtlich unseres eigenen Bedarfs auf die Kriegsindustrie der imperialistischen Länder und die unseres Feindes im eigenen Land verlassen. Wir haben einen Anspruch auf die Produktion der Arsenale von London und Hanyang, und diese Produktion wird uns obendrein noch von den Transportabteilungen des Feindes angeliefert. Das ist kein Scherz, sondern die reine Wahrheit.



Wir haben uns entschlossen, diese Veranstaltung zum Dialogvorschlag an die militanten Gefnagnen zu machen, weil sich der Dialogvorschlag zwar an die Gefangenen richtet, aber das Ziel hat, den gesamten revolutionären Widerstand anzugreifen, zu befrieden.

- Der Dialogvorschlag ist eine andere Variante, um die Identität der Gefangenen zu brechen, sie sollen als gebrochene Gefangene vorgeführt werden, um so den Widerstand zu demoralisieren, ein Beispiel dafür ist Italien.
- Aktuell zielt der Dialogvorschlag darauf der Forderung der Gefangenen nach Zusammenlegung den Boden zu entziehen.

Wir machen die Veranstaltung im Rahmen der Anti-IWF/Weltbank-Kampagne, weil die Auseinandersetzungen von dem Begriff bestimmt sind, daß der Kampf gegen IWF und Weltbank hier im Herzen der Bestie, hier in der Metropole organisiert werden muß. Nicht nur auf grund objektiver Bedingungen, weil das weltweite Ausbeutungssystem so lange bestehen bleibt, wie die Zentren der Macht unangetastet bleiben. Die Mobilisierung gegen IWF/Weltbank richtet sich gegn den gemeinsamen feind, die gleiche Herrschaftsstruktur, die für Elend Zerstörung, Krieg überall verantwortlich ist. Und die Kämpfe sind sich subjektiv nah. Sie verbinden sich in dem Willen der menschen hier und im Trikont selbstbestimmt zu leben und sich gegen die Macht durchzusetzen. Ganz praktisch wird sich das darin ausdrücken, daß parallel zu den Aktionstagen des revolutionären Widerstandes hier in der BRD auch Aktionen in Bolivien, Kolumbien, Peru, Panama und Ecuador stattfinden werden. Aber an der ganzen Kampagne gegen IWF und Weltbank hapert es auch noch ein Bißchen. Die Entscheidung, hier zu kämpfen. läuft nicht über Analysen. Da sind wir alle mehr oder weniger an Grenzen gestoßen, egal, ob sich das nun mehr in Papierbergen oder statischen Vorstellungen von politischem Prozeß ausdrückt. Die Kluft zwischen der theoretischen Herangehensweise und der Entscheidung, dem Kongreß mit den Aktionstagen und der eigenen revolutionären Demonstration etwas entgegenzusetzen, ist noch groß.

Wir machen diese Veranstaltung zusammen mit den ehemaligen Gefangenen aus der Guerilla Monika Berberich, Barbara Ernst und Volker Straub, weil sie was zu der Forderung nach Zusammenlegung sagen können und wir jetzt wo sie nach vielen Jahren Knast draußen sind, wir die Möglichkeit haben, mit ihnen zu diskutieren.

ZUR SITUATION VON ANGELIKA GODER, GEFANGENE AUS DER GUERILLA

Angelikas Hüftleiden verschlechtert sich trotz krankengymnastischer Behandlung seit 1982 zunehmend. Um nicht zukünftig ganz an den Rollstuhl gebunden zu sein, ist eine sofortige Operation notwendig. Genauer handelt es sich um 2 Operationen, in denen beidseitig ein neues Hüftgelenk eingesetzt werden soll, was sich über ein dreiviertel Jahr erstreckt, weil sich die Prothesen jeweils im Körper richtig verankern müssen.

Nachdem ein Op-Termin auf Juni 86 festgelegt worden war, lehnte Angelika ihre Durchführung aufgrund der angekündigten permanenten Anwesenheit von Justizbediensteten im Krenkenzimmer ab. Ihre Forderung nach einer Operation ohne Staatsschutzkontrolle im Krenkenzimmer wurde breit unterstützt, so daß Anfang dieses Jahres ein Angebot für eine Operation ohne ständige Überwachung am Krankenbett im Landesknastkrankenhaus von NRW Fröndenberg kam.

Grundsätzlich einverstanden, lehnte Angelika eine OP ab vor dem Hintergrund verschärfter Haftbedingungen, unter denen der Erfolg einer OP sehr fraglich ist. Seit Monika Berberichs Entlassung im März in Zweierisolation mit Gabi Rollnik, soll diese durch die Verlegung der beiden in die Plötze im August dieses Jahres festgeschrieben werden. Angelika schreibt dazu in einem Brief:

Damit sind die Bedingungen nicht mehr vorhanden, die für die Zeit der Rekonvaleszenz notwendig sind. Der Erfolg einer solchen OP hängt ja nicht nur von den Fähigkeiten des Chirurgen und einer intensiven Nachbehandlung ab, sondern auch von einer Situation, in der ich mich ganz auf dieses Problem konzentrieren kann und nicht wie jetzt meine Energien gegen die Isolation und ihre Auswirkungen einsetzen muß."

Angelika Goder und Gabi Rollnik haben ihre Verlegung nach Lübeck zu Hanna Krabbe, Christine Kuby und Irmgard Möller beantragt. Ihre Zusammenlegung mit den drei Frauen würde Bedingungen wiederherstellen, wie sie sowohl in Lübeck als auch in Berlin schon erkämpft waren und außerdem Mindestvoraussetzungen schaffen für eine erfolgreiche OP von Angelika. Die Verlegung nach Lübeck hätte einen ersten Schritt in Richtung Zusammenlegung der Gefangenen in große Gruppen bedeutet.

Mit der unerwartet schnellen Verlegung der beiden in die Plötze, wollten die Schweine vollendet Tatsachen schaffen, gegen die entstehende Mobilisierung, einen Keil gegen die Zusammenlegungsforderung. Gleichzeitig entlarvt die Verlegung in die Plötze das Operationsangebot an Angelika als Scheinangebot, weil damit Haftbedingungen festgeschrieben werden, unter denen Angelika eine OP nicht durchführen lassen kann. Wenn es auch weiterhin um die Zusammenlegung geht, wollen wir etwas aus einem Brief verlesen, wo Angelika die Situation in der Plötze verdeutlicht:"

Grundsätzlich hat sich nichts geändert, wir sind weiterhin zu zweit isoliert,

nachdem wir bis zu Monikas Entlassung im März dieses Jahres fast 10 Jahre immer in einer Gruppe mit anderen politischen Gefangenen zusammen waren. Und die Variationen, die es hier geben soll: Besuchskontakte zu den anderen Gefangenen, mehr Besuche von Euch, sind vollständig von der Willkür des Sicherheitsbüros abhängig. Wir haben bisher noch keinen Besuch mit den Frauen hier gemacht, deshalb können wir dazu noch nichts sagen, Was wir aber inzwischen schon wissen ist, daß die Frauen, wenn sie an den Zaun des Trakthofes und vor unser Fenster kommen, um mit uns zu reden, weggejagt und mit Disziplinarmaßnahmen bedroht werden. Bemerkenswert ist vielleicht noch, daß der Trakt hier nicht per Kameras überwacht wird - weil das "unmenschlich" sei - sondern per Schließer, die bei Aufschluß von 12.00-22.00 Uhr jede Stunde im Pulk durch den Flur laufen und kontrollieren, was wir machen, verbunden mit der Ablösung eines Schließers, der den Flur von einer extra Glaskabine aus überwacht. Der Flur ist auch vom anderen Ende her zu überblicken, wo sich der Aufenthaltsraum der Schließer befindet."

Die Frauen aus der Plötze, die letztes Jahr einen Hungerstreik gemacht haben, hatten für den Fall der Verlegung von Gabi und Angelika in die Plötze ihre Zusammenlegung mit ihnen gefordert. Gabi schreibt dazu in einem Brief:

" Sie hatte uns später erzählt, daß dort auch ein Brief von Frauen aus der Plötze verlesen wurde, in dem sie sagten, daß sie unsere Isolation dort verhindern wollten. Fanden wir gleich ganz stark, daß auch von den Frauen dort den Senatsplänen widerstand entgegengesetzt wird. ... Ich könnte mir vorstellen, daß, solange wir dort sind, wir auch mit ihnen zusammen wollen, ... und mit allen kämpfenden Gefangenen, ist ja auch Teil unserer Forderung. Also, wir hätten da keine Probleme."

IWF ANGREIFEN - VORSTELUNGEN ZUM 1. AKTIONSTAG ZWANGSARBEIT IM KNAST

Die Plötze steht nicht mehr nur für Natoknast, Aufstandsbekämpfung und Gehirnwäscheprogramm. An dem Hungerstreik der Frauen in der Plötze im letzten Jahr ist klar geworden, daß die Schweine mit den ausgefeiltesten architektonischen Entwürfen und psychologischen Programmen nicht alle Menschen brechen können. Während des Hungerstreiks haben die Frauen in der Plötze mit einer kleinen Sabotageaktion auf ihren HS aufmerksam gemacht. Pan Am ließ damals und läßt auch jetzt wieder in der Plötze arbeiten. Die Frauen haben ihre Parolen zum Hungertreik in das zu verpackende Geschirr eingewickelt. Wir haben uns jetzt im Rahmen der Anti IWF/Weltbank-Kampagne überlegt, daß wir auch durch Aktionen auf die Situation im Knast aufmerksam machen wollen. Das soll sich nicht nur in Knastkundgebungen äußern, sondern für den 1. Aktionstag ist eine Kundgebung vor Pan Am geplant.

Zwangsarbeit im Knast heißt nicht nur 8 Stunden Ausbeutung für total wenig Geld meistens nicht mal 8 DM für 8 Stunden Arbeit. Mit dem Zwang zur Arbeit wird im Knast ein differenziertes System von Gewährung und Entzug von Vergünstigungen installiert, die Differenzierung und Spaltung der Gefangenen ist das Ziel.

8 Stunden Arbeit sollen systematisch verhindern, daß Gefangene ihre Situation mit anderen Gefangenen gemeinsam anpacken, das machen, wozu sie Luste haben. Die Kehrseite vom Zwang zur Arbeit im Knast ist die Isolation. Die Arbeit ist im Knasttag oft die einzige Möglichkeit mit anderen Gefangenen zusammen zu sein. Arbeitsverweigerung bedeutet meistens 23 Stunden Isolation.

BEITRAG DER EX- GEFANGENEN

wir wollen sagen, daß es für die gefangenen um das geht, worum es im ganzen widerstand geht. die ziele - sich selbst, kollektiv, materiell durchzusetzen und das hier und international. einerseits hat das imperialistische system konkret erfahrbar eine solche zerstörungswirkung erreicht, ist so ein unverschleierbarer angriff auf die menschen selbst geworden, in der metropole durch die umstrukturierung in neuer schärfe, daß die notwendigkeit sich dagegen materiell durchzusetzen, existentiell und offensichtlich ist. es geht in allen kämpfen hier und international darum, jetzt die schon erkämpfte, politische legitimationslosigkeit für die imperialistischen vernichtungsprojekte, z.b. iwf-programme und massaker im süden, hier umstrukturierung, staatschutz-staat, isolationsfolter in den knäste vereinzelung und isolation in der ganzen high-tech-gesellschaft die sie wollen u.s.w.. die legitimationslosigkeit ihrer projekte und letztlich des systems insgesamt, durch unsre zu blockieren und diese blockierung so voranzutreiben, daß sich die legitimationslosigkeit vertieft und das wir uns gegen sie materiell durchsetzen können. die andere seite, die zu dem bedürfnis führt, sich/uns materiell durchzusetzen, ist die, kampf, kollektivität, selbstbestimmung, sich als subjekt schon zu erfahren und davon nicht mehr abzurücken; weil es der anfang der wiederherstellung von sich selbst, unseren menschlichen fähigkeiten und produktivkraft ist, durch die der ganze sinn erfahrbar wird; nämlich das in der neuen gesellschaft und im kampf darum jetzt der mensch und seine würde im zentrum stehen. aus diesen beiden momenten kommt jetzt in den kämpfen die motivation, den politischen praktischen prozeß selbst mitzuentwickeln, selbst teil der gegenmacht zu werden - um die ziele und forderungen, und damit auch die zusammenlegung materiell durchzusetzen. zu einem teil der politisch/praktischen fragen, wie z1 durchzusetzen ist, wollen wir jetzt was sagen - weil es öfters seit der entlassung jetzt als frage kam - was das heißt, z1 ist politisch durchgesetzt. da gab es, denken wir, auch ein mißverständnis. nach dem letzten streik 84/85 haben wir gesagt, die z1 ist politisch durchgesetzt. für uns war die breite unterstützung, öffentlichkeit und solidarität, der politische sprung in der phase zum zusammen kämpfen, eine ganz starke und wichtige erfahrung. dazu kam die internationale mobilisierung in ganz westeuropa und die tatsache, daß es geht, daß die guerilla in westeuropa zusammen angreift. alles zusammen, damit sind wir politisch mit unserer forderung nach z1 voll durchgekommen und es hat eine gesellschaftliche breite gekriegt, wie sie noch nie da war.

mit politisch durchgesetzt meinten wir auch, daß der kampf um die zl damals endlich eine gesellschaftliche dimension gekriegt hat, und auf diese weise jeden erreicht hat, somit die möglichkeit bestand, ein gesamtgesellschaftliches kräfteverhältnis zu schaffen, um endlich durchzukommen. eine situation also, in der sie gegen die legitimationslosigkeit der iso nichts mehr gegen setzen können.

aber mit dieser politischen tatsache wurde dann nicht weiter richtig umgegangen.

auf diesen begriff, politisch durchgesetzt, wurde sich ein bißchen draufgehockt in der weiteren diskussion und auseinandersetzung- weil es ja auch nur die damalige ganz konkrete situation, wie sie war, was der kampf erzeugt hatte, ausdrücken und auf den begriff bringen sollte. es ist aber niemals etwas starres und gesichertes. und das ist jetzt heute immer noch so, davon gehen wir aus.

nur müssen wir jetzt konkret und direkt damit anfangen, damit umgehen zu können und das weiter zuentwickeln, denn es heißt nicht automatisch, daß wir auf dieser gesellschaftlichen ebene handlungsfähig sind. ein bewußtsein schaffen zu können, daß es nicht ausreicht, die legitimität der forderungen anzuerkennen, sondern daß sich jede selbst dafür entscheiden und einsetzen muß, um gegen die westeuropäische nato-doktrin, die gefangenen in der iso zu vergraben, wirklich real und materiell zl durchzusetzen.

auch wenn wir mit unserer forderung nach zl damals in die gesamte gesellschaft durchstoßen konnten, heißt es noch nicht, daß sich alle oppositionellen und antagonistischen bewegungen und soziale bereiche für die zl so entschieden haben, an dieser frage selbst aktiv zuwerden.

das fehlte damals noch und das haben auch die folgenden politischen initiativen und die offensive 86 vom widerstand und der front nicht herstellen können, weil die politische mobilisierung fehlte, die das gesamte kräfteverhältnis im auge hat. das heißt der begriff und die analyse, wie es gehen kann, daß aus der entwicklung heraus die wirkliche praktische und politische einheit zwischen den politischen bzw. den sozialen kämpfen, die sich an den widersprüchen, die die umstrukturierung hier in der brd aufreißt, entzündet haben, zu einem gemeinsamen prozeß zu verbinden, und darin als ein teil eben, zu einer mobilisierung für die durchsetzung zu werden.

eva hat dazu was in ihrer erklärung gesagt.

es gibt für den vereinheitlichungsprozeß, massenantagonismus und revolutionäre politik kein schema oder programm. dieser prozeß ist offen für jeden, der sich aus seinen besonderen erfahrungen und lage politisch gegen das system stellt, den kampf für ein selbstbestimmtes leben aufnimmt und die notwendigkeit der einheit des revolutionären kampfes begriffen hat. Da ist auch der kampf um zusammenlegung ein kampf um einheit und ein offener prozeß. er kommt voran durch die konkreten praktischen und politischen offensiven, ihr zusammenwirken auf ein ziel. es gibt dabei keine hierarchie, und daß am gemeinsamen ziel zusammen überlegt wird.

man sich kennenlernt, gegenseitig ernst nimmt und der subjektive wille nach handlungsfähigkeit stärker als die widersprüche untereinander sind. zusammen mit den militanten initiativen können so vorstöße und politische handlungsräume geschaffen werden, die zum einen gegen kriminalisierung vom widerstand selbst ihre wirkung haben und gegen die kriminalisierung der öffentlichkeit zu den gefangenen haben können.

es geht um den prozeß, also den prozeß für die durchsetzung, den muß man offenhalten, und dann, je nachdem wie es sich entwickelt, die situation und das kräfteverhältnis sich verändert, hier immer wieder selbständig die initiative ergreifen und von uns aus bestimmen, was läuft. worum es geht dabei, ist das materialistische bewußtsein für die konkreten schritte, deren politische und materielle wirkung für die durchsetzung und das ganz real bis zum ende denken, zur durchsetzung kommen. die durchsetzung der zusammenlegung ist auch nicht ausdruck von irgendeinem kräfteverhältnis in einem etwas abstrakten sinn, sondern ergebnis des direkten kampfes um sie und materieller ausdruck von gegenmacht durch den widerstand, des niveaus, das er erreicht, an dem punkt die entscheidung zu wollen und zusammen mit den gefangenen und der front darum zu kämpfen.

vor unserem hungerstreik 84/85 ging die auseinandersetzung um die forderung noch zentral darum, zusammenlegung überhaupt politisch zu vermitteln und öffentlichkeit herzustellen. darin gleichzeitig, daß kollektivität kampf und lebensgrundlage ~~xxx~~ im krieg um befreiung ist. mit dem hungerstreik

84/85 haben wir an diese auseinandersetzungen und der gesamten entwicklung ⁷⁸⁵ des kampfes ansetzen können. dann konnten wir durch den qualitativen sprung der guerilla zur front in westeuropa und allen kämpfen, auch international, in einheit und solidarität, die auch die durchsetzung unserer forderung zu ihrer sache gemacht haben, zusammen die mauern und vielfältigen hindernisse des apparates eindrücken, die aufgetürmt waren, damit auch nichts durchdringt von uns gefangenen. wir sollten einfach keine möglichkeit haben, uns zu ver mitteln und teil des kampfes zu sein.

gleichzeitig ist in den letzten jahren, z.b. im kampf um die häuser in der hafewbstraße die erfahrung gemacht worden, daß kämpfe um die durchsetzung eines selbstbestimmten lebens eine starke anziehungskraft in neuer breite in allen bereichen der gesellschaft haben, weil inzwischen eine verschärfung der lebensbedingungen in aller brutalität in den alltag und zu jedem einzelnen vorgedrungen ist. und es wird für immer mehr menschen spürbar, /

mit politisch durchgesetzt meinten wir auch, daß der kampf um die zi damals endlich eine gesellschaftliche dimension gekriegt hat, und auf diese weise jeden und zur direkten lebens- und existenzfrage, sich selbst als menschen gegen den imperialismus und seine destruktivität durchzusetzen und um die eigenen bedürfnisse nach selbstbestimmt leben und selbstbestimmter gesellschaftlicher organisierung gegen das techno-faschistische profitsystem und den überwachungsstaat zu kämpfen. das hat insgesamt für uns die möglichkeit erweitert, auch für die zusammenlegung als teil des gesamten kampfes weitere teile der gesellschaft zu mobilisieren, weil sie sich in unserem ziel, selbstorganisierung gegen das system, anfangen wiederzuerkennen.

und so reagiert der staat auch, er eskaliert in den knästen das vernichtungsprogramm und zieht draußen die kriminalisierungsschraube gegen die solidarität an, er versucht außerdem durch die normalvollzugsoffensive und die dialogkampagne, verwirrung über die dringlichkeit und klarheit der zusammenlegung zu stiften, damit zielt er in die gesamte gesellschaftliche breite, in der erwartung, das unsere kraft noch nicht ausreicht, ganz breit der psychologischen kriegsführung und manipulation authentische information um die wirklichkeit des revolutionären kriegs und unsere ziele entgegenzusetzen und die menschen so breit für den kampf um befreiung und für zusammenlegung zu mobilisieren.

nochmal: "politisch durchgesetzt" meint nicht, das wir ein abgeschlossenes kapitel, sondern es ist ein ganz bestimmter politischer sieg durch einen kampfprozeß in einheit und solidarität drinnen und draußen gemeint. wo es aber darum geht, ihnen ständig weiter gegen den staatlichen angriff darauf durchzusetzen, wie z.b. auch die normalvollzugspropaganda ein angriff ist, und außerdem ihn durch praktische initiativen zu verbreitern, denn davon hängt als ein teil auch die materielle durchsetzung ab, das ist gar nicht zu trennen.

jetzt mache ich einen gedankensprung, ich wollte noch als ein beispiel sagen, daß das kräfteverhältnis, das draußen durch die kämpfe um den hafen hergestellt worden ist, ein realer schutz war und eine reale wirkung auf meine haftbedingungen hatte, es hat sich direkt als schutz und faktor gegen den terror gegen mich ausgewirkt. das war so, weil in den kämpfen um die häuser diskussionen um den frontprozeß und um die zusammenlegung ein teil geworden waren.

letztes mal hatten sie gegen mich das zweite mal arrest verhängt, arrest-sage ich mal kurz-ist einfach ne leere zelle, wo nichts drin war, außer tisch, bett, klo, schreiber und papier, der formale grund war arbeitsverweigerung, weil sie mich ins normalvollzugsprogramm reinzwingen wollten, aber es ist wesentlich terror zur vernichtung gewesen, immer auch, um den kampf um zusammenlegung zu brechen.

-konkret war das dann so, daß ich mich dagegen, daß sie mich das zweite mal in arrest geschleppt hatten, in der zelle verbarrikadierte und dann einen hungerstreik angefangen hatte, mit der forderung nach rückverlegung, dann war es so, daß sie plötzlich am nächsten tag mich sofort zurückverlegt haben. das kam deswegen, daß ich diesen angriff auf mich öffentlich machen würde, als das, was er war, nämlich als einen auf uns und den kampf um zusammenlegung, sie wollten verhindern, daß meine praktische initiativ

zusammenlegt mit den diskussionen und kämpfen am hafen, weil die ja auch soviel über zusammenlegung und durchsetzung diskutiert haben. sie wollten einfach verhindern, daß dadurch diese ganze diskussion noch mehr sprengkraft kriegt und daß das einfach ein praktischer prozeß wird.

also, ich habe dadrin gekämpft gegen diesen terror, gegen die vernichtung, was auch ein angriff auf uns alle war, und vernichtung von identität heißt ja immer auch, daß sie damit den kampf um zusammenlegung brechen wollen, und draußen laufen eben auch praktische initiativen. also deswegen haben sie mich so schnell wieder zurückverlegt, und das meine ich damit - daß also ganz konkret dieses kräfteverhältnis, das die kämpfe um den hafen und mit den inhalten da auch kollektives und selbstbestimmtes leben erreicht haben, weil sie ganz konkret auch ein schutz waren, da, in dieser situation.

das finde ich auch deswegen wichtig, weil oft so wenig gesehen wird vom widerstand, also, was für eine bedeutung das auch hat, diese kämpfe und wie das auch zusammenwirkt. oft steht der apparat als so ein festgefügt, monumentales, unverrückbares gesamtsystem da und es wird einfach wenig überlegt, wie praktische initiativen zur durchsetzung der eigenen ziele und eben auch der zusammenlegung oder in diesem fall eben haftbedingungen aussehen können.

na klar ist es ein unterschied zwischen durchsetzung von zusammenlegung und eine veränderung von so einer situation, wo ein gefangener angegriffen wird, in diesem fall ich. aber erfahrungen gibt es da ja auch noch mehr. z.b. mit der durchsetzung einer operation für angelika. verhindern können sie, daß die diskussion dadurch in gang gekommen ist, trotzdem nicht, also das war irgendwie AUCH NOCH STARK, weil trotzdem kunden gebungen usw. ja auch gelaufen sind.

schreibt an:

Christa Eckes
Adelheid Schulz
Rochustr. 350
5 Köln 30

Helmut Pohl
Paradeplatz 5
3578 Schwalmstadt 1

Bärbel Perau
Krawehlstr. 59
43 Essen 1

Bernd Rössner
Rolf Heissler
Äußere Passauer Str. 90
8440 Stauring

Ali Jansen
JVA Kassel

Michel Dietiker
JVA Preungesheim
Obere Kreuzäcker 3-4

Bernhard Rosenkötter
JVA Friedberg

Andreas Semisch
Stefan Frey
Ludwigshafener Str. 20
6710 Frankenthal

Luitgard Hornstein
Holstenglacis 3
2 Hamburg 36

Irmgard Möller
Hanna Krabbe
Christine Kuby
Marlring 41
24 Lübeck 1

Knut Folkerts
Karl-Heinz Dellwo
Lutz Taufer
Trift 14
31 Celle

Gisela Dutzi
Ingrid Barabass
Homburger Landstr. 112
6 Frankfurt 50

Günter Sonnenberg
Roland Mayer
Schönbornstr. 32
7500 Bruchsal

Mareile Schmeger
Schulenburg Landstr. 145
3 Hannover 1

Sieglinde Hoffmann
Ingrid Jacobsmeier
Umlohrstr. 100
48 Bielefeld 14

Christian Kluth
Krümmede 3
4630 Bochum 1

Karl Grosser
Manuela Happe
Eva Haule

Luitgard Hornstein
Christian Klar
Erik Praus
Andrea Sievering
Asperger Str. 60
7 Stuttgart 40

Angelika Goder
Gabriele Rollnik
Friedrich-Olbricht-D. 1
1 Berlin 13

Norbert Hofmeier
Thomas Richter
Thomas Thoene
Ulmenstr. 95
4 Düsseldorf 30

VOLKSSPORT



Betr. Banken in West - Berlin

Wir wollen mit unseren flammenden Briefen unsere gemeinschaftliche Verbindung ins richtige Licht rücken.

Dafür haben wir exemplarisch 9 Bankpartner auserwählt, um ihnen einiges mitzuteilen.

Wir hoffen, daß folgende Gerüchte, die uns zu Ohren gekommen sind, sich als gegenstandslos erweisen. Falls sie zufälligerweise doch der Wahrheit entsprächen, müßte dies unverzüglich zur Konsequenz führen, alle Banken zu schließen und aufzulösen.

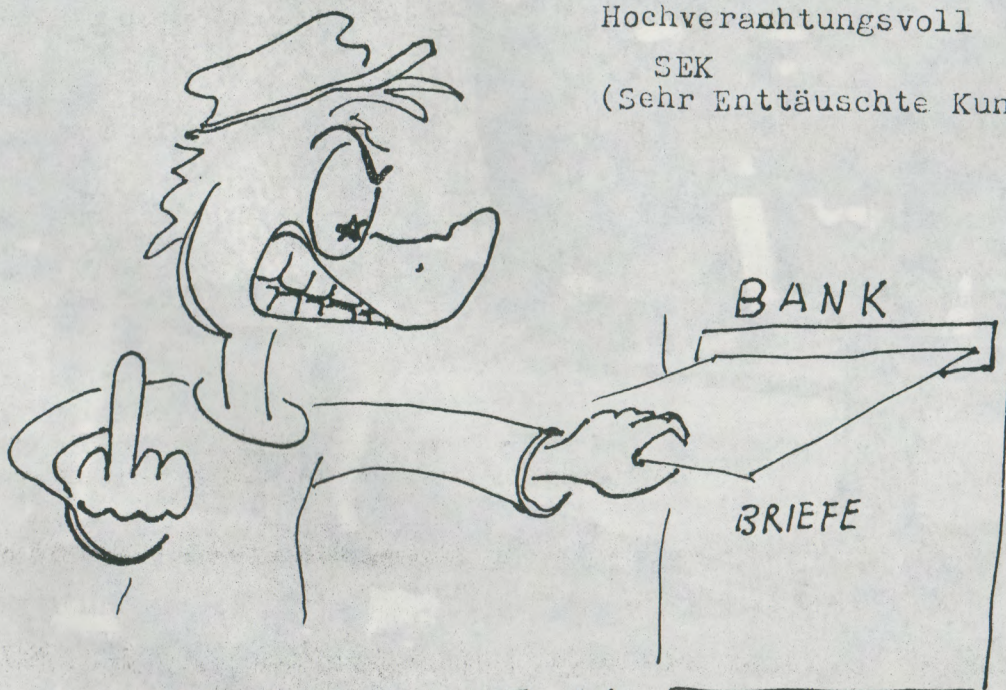
Nun zu den folgenschweren Gerüchten:

- die Macht der deutschen Banken sei gigantisch geworden: 1986 betrug allein das Geschäftsvolumen der 3 Großbanken soviel wie der Bonner Staatshaushalt: mehr als 260 Mrd. DM
- Die Banken sollen mit ihren Aktienanteilen und Stimmrechten nahezu alle deutschen Industriekonzerne lenken. Beispiel: Der Einfluß der Deutschen Bank auf Daimler Benz und die Rolle der größten Bank bei der Bildung des neuen deutschen Rüstungs-imperiums von Daimler Benz (ist das nicht emporend!)
- Die deutschen Banken sollen das Atomprogramm finanziert haben
- Die deutschen Banken sollen das Apartheidsystem in Südafrika mit immer neuen Milliardenkrediten über Wasser halten
- Die Gewinne der Banken würden umso stärker steigen, je mehr sich die Privatkunden, der Staat und die Firmen verschulden. 1986 sollen die 3 Großbanken (Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank) mehr als 7 Mrd. DM Nettogewinn aus ihren Bankgeschäften gemacht haben
- Die Banken würden sich dumm und dusslig an den Schulden der sogenannten Entwicklungsländer verdienen. Seit 1980 haben die Schuldnerländer wesentlich mehr Zinsen an die Banken zurückgezahlt, als sie zuvor an Krediten ausgezahlt bekamen.

In Erwartung einer baldigen, positiven Antwort

Hochverantwungsvoll

SEK
(Sehr Enttäuschte Kunden)



DA GEHT DIE POST AB

KOMMUNIQUE

Am 5. September 88, im Vorfeld der IWF-Weltbanktagung, haben wir in mehreren Westberliner Stadtteilen zeitgleich 13 Firmenfahrzeuge der Siemens AG in Brand gesetzt. Bestimmung der Aktion ist einen für die imperialistische Ausbeutung der 3 Kontinente verantwortlichen multinationalen Konzern anzugreifen sowie die militante kontinuierliche Kampagne gegen das WAA-Firmenkonsortium weiterzuführen.

Siemens ist einer der größten Elektrokonzerne der Welt, er befindet sich weltweit an sechster Stelle (Geschäftsjahr 1986/87). Die Hauptmärkte von Siemens befinden sich in Europa, Japan und den USA. Der Konzern hat aber aufgrund seiner globalen Märkte auch direkten Einfluß auf die Trikontländer und bestimmt deshalb auch die Ausbeutungsstrategien dieser Länder durch die imperialistischen Industriestaaten des Westens mit. Siemens produziert als einziges Elektrounternehmen der Welt in sämtlichen Bereichen von Elektrik und Elektronik, so z.B. elektrische Systeme für Lokomotiven, Flugzeuge, Schiffe und Autos. Außerdem ist Siemens Hersteller von AKWs, Telefonanlagen, Büroautomaten und Computern aller Art. Neue Fertigungsweisen wie die vollautomatische Fabrik (bei VW) werden von Siemens entwickelt. Im medizinischen Bereich ist Siemens mit seiner Forschungsarbeit ebenfalls führend. Staatliche Aufträge in Milliardenhöhe konnte und kann Siemens für sich verbuchen, so bei der Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr. In Zusammenarbeit mit Postminister Schwarz-Schilling sicherte sich Siemens das Glasfaserprojekt der Bundespost. Alles in allem hat Siemens im Geschäftsjahr 1987/88 einen Gesamtumsatz von rund 58 Milliarden DM, dabei eine Umsatzrendite (Umsatzertrag) von 2,5 % Mrd.DM. In 127 Ländern wird vertrieben und produziert, die Hälfte des Umsatzes wird außerhalb der BRD erzielt die Hälfte aller Produkte und Systeme stammen aus dem elektronischen Bereich. 1/3 aller Subventionen für Forschungsarbeit in der BRD geht an Siemens. Die solide Profitpolitik der Siemens AG wird auch durch zunehmende Rationalisierungsmaßnahmen im eigenen Konzerngefüge flankiert. In den ersten acht Monaten des Geschäftsjahres 1987/88 wurde die Belegschaft des Inlandbereiches um 3000 Beschäftigte auf 226 000 verringert; im Ausland hingegen blieb die Beschäftigtenzahl von 130 000 Menschen konstant. Der Finanzvorstand von Siemens kündigte bis zum Jahresende 1988 die Vernichtung von weiteren 2000 - 3000 Arbeitsplätzen an. Die Umsatz und Auftragslage im Inland verbesserte sich in den ersten acht Monaten des Geschäftsjahres 1987/88 jeweils um sieben Prozent auf 35,2 Milliarden bzw. 36 Milliarden DM.

EINZELHEITEN ZUR GESCHICHTE VON SIEMENS

Die Geschichte von Siemens beginnt mit der Gründung der "Telegraphenbauanstalt Siemens & Halske" am 12. Oktober 1847 in Berlin durch Werner Siemens. Werner Siemens, geboren 1816 bei Hannover, führte in seinem Betrieb schon bald effektivere Ausbeutungsmethoden der Arbeiter als bis dahin üblich ein, so 1858 die Akkordarbeit. Das Unternehmen von Siemens produzierte von Anfang an mit Telefonleitungen auch kriegswichtige Güter. Eine entscheidende Absatzförderung bedeutete der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 für das Unternehmen, der zeitlich günstig mit der Gründung der Deutschen Bank durch Georg Siemens (1870) zusammenfiel. Als Antwort auf die zunehmende soziale Not unter

der Arbeiterklasse stieg die Intensität von Arbeitskämpfen, der Siemens durch eine Festigung der militärischen organisierten Hierarchie in seinem Betrieb begegnete. Außerdem gründete Werner Siemens mit anderen führenden preußischen Unternehmern die erste "Arbeitgebervereinigung" Berlins. Durch ein ausgeklügeltes System von Betriebsrenten und durch Bildung unterschiedlicher Lohngruppen versuchte Siemens die Belegschaft seines Betriebes gegeneinander auszuspielen und so unter Kontrolle zu halten. Frauen bekamen im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts bei Siemens die Hälfte eines Männerlohnes; die Akkordlöhne wurden von den jeweiligen Meistern willkürlich festgesetzt. 1897 wurde das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft (AG) umgewandelt. Mit Hilfe der Deutschen Bank, die bereits Ende der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts mit Siemens & Halske ein Firmenkonsortium (zeitweilige Vereinigung von Firmen zum Zweck eines gemeinsamen Geschäfts) gebildet hatte, gelang es vor 1914, innerhalb weniger Jahre aus acht verschiedenen Elektrokonzernen die beiden Großkonzerne Siemens und AEG (früher Deutsche Edison-Gesellschaft) zu gründen. Die Deutsche Bank, die Vertreter in den Aufsichtsräten beider Firmen hatte, besaß gleichzeitig die Kartellaufsicht über den Elektromarkt. Dadurch konnten unerwünschte Konkurrenten ausgeschaltet bleiben und der Markt zwischen den beiden "Elektrosiesen" Siemens und AEG aufgeteilt werden. Um 1910 verschmolzen die Siemens-Werke mit den Schuckert-Werken zur Siemens-Schuckert GmbH, die verstärkt für den militärischen Bereich produzierte. Daneben lief der Ausbau der zivilen Infrastruktur (das Gemeinwesen) in den Städten, wie beispielsweise der Ausbau des Verkehrsnetzes, an dem Siemens führende Beteiligung hatte, weiter. Die Vorbereitung auf den Ersten Weltkrieg lösten im Proletariat in wachsendem Maße Steiks und Demonstrationen aus, die Siemens in seinem Unternehmen mit der Gründung einer firmeneigenen ("gelben") Gewerkschaft, der 1914 80 % der Siemens-Arbeiter beigetreten waren, zu ersticken versuchte.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges im selben Jahr verschaffte den Siemens-Werken gigantische Profite durch die Massenproduktion von Kriegsgütern aller Art. Das Unternehmen unterhielt enge Kontakte zu Vertretern der Regierung und zu einer Gruppe von Bankiers und Unternehmern aus dem Chemie- und weiteren Elektrobereichen. Diese kriminelle Vereinigung von Regierungsvertretern und Kapital legte die Kriegsziele fest, so z.B. die wirtschaftliche Nutzung der von der deutschen Armee besetzten Gebiete, für die Millionen von Menschen abgeschlachtet wurden. Die Rohstoffe, denen eine immer größere Bedeutung zukam, wurde vom Kriegsausschuß der deutschen Industrie, dem u.a. Siemens, Krupp, Hugenberg und Stressemann angehörten, an die anderen Bereiche der Industrie verteilt. Siemens profitierte auch von den Demontagen von Industrieanlagen in den besetzten Gebieten; technische Ausrüstungen, die vor 1914 an diese Länder verkauft worden waren, wurden zurück ins Deutsche Reich transportiert, überholt und dann erneut verkauft. Außerdem verkaufte die Siemens AG, wie auch andere Konzerne, Rüstungsgüter über neutrale Staaten an die sog. "Feindländer", um so überregionale Gewinne erzielen zu können. Nach Kriegsende 1918 gab sich das Kapitalsystem den Deckmantel einer parlamentarischen Demokratie, für die ausgebeuteten und in vier Kriegsjahren verhehlzten Menschen änderte sich jedoch nichts Grundlegendes. Verraten und in ihren revolutionärsten Teilen blutig niedergeschlagen gelang es der Arbeiterbewegung nicht, den Sieg zu erringen und die Produktionsmittel in Besitz zu nehmen. Dem deutschen Kapital, in führender Stellung auch den damaligen Siemens-Chef Carl Friedrich von Siemens, gelang es mit Hilfe der korrupten Sozialdemokratie und systemkonformen Gewerkschaften, den "Arbeitsfrieden" weitestgehend

aufrecht zu erhalten. Ein langfristiges Befriedungskonzept für die Arbeiterklasse wurde durch Reformen wie die Einführung des Achtstundentages, Schaffung von Tarifverträgen und Verbesserungen der Sozialleistungen entwickelt. Auf der anderen Seite wurde auch bei Siemens das innerbetriebliche Kontrollsystem verschärft. Carl Friedrich von Siemens unterstützte bereits Anfang der 20er Jahre faschistische Gruppierungen wie die "Antibolschewistische Liga". Siemens verlor nach dem Krieg seine Firmenniederlassungen in Rußland und England; durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages waren die Produktionsmöglichkeiten auch für seinen Konzern stark eingeschränkt. 1919 verbanden Siemens und AEG ihre Glühlampenproduktion in der Firma Osram. Osram entwickelte sich im Lauf der 20er Jahre zu dem führenden Hersteller elektrischer Haushaltsartikel. Siemens konnte in diesem Jahrzehnt auch im Ausland wieder eine Reihe von Zweigwerken errichten, so z.B. in der Tschechoslowakei, in der Schweiz, in Griechenland, Argentinien, Uruguay und Japan.

Die immer höheren Produktionsanforderungen verlangten nach immer effektiverer Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. In diesem Zusammenhang entwickelte der Reichsausschuß für Arbeitszeitermittlung (Refa) die minimalen Bewegungen, die ein Arbeiter an seinem Arbeitsplatz zur Herstellung eines Produkts benötigte. Durch diese auch bei Siemens frühzeitig eingeführten Rationalisierungsaßnahmen stieg die Arbeitsleistung pro Arbeiter/in von 1923 bis 1928 um das Doppelte. Die Weltwirtschaftskrise im Oktober 1929 führte in ihren Auswirkungen auch in Deutschland zu drastischen Maßnahmen von Staat und Kapital, um die Folgen der Krise auf die lohnabhängigen Schichten abzuwälzen. Carl Friedrich von Siemens gehörte zu den ersten Unternehmern, die solche Maßnahmen wie Lohnabbau forderten und durchführten. Der aufkommende Nationalsozialismus erschien Siemens als Garant für die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ausbeutungsordnung: ab 1931 unterstützten Teile der Konzernspitze gezielt die NSDAP. Führende Vertreter des deutschen Kapitals sorgten somit auch für den Wahlsieg der NSDAP im Juli 1932, die allerdings im November desselben Jahres einen erheblichen Stimmenverlust hinnehmen mußte und von da an auch von der Mehrheit der deutschen Unternehmer gefördert wurde. Die Großunternehmer, darunter auch Siemens, forderten den zunehmend verkalkten Reichspräsidenten Hindenburg auf, den Reichstag aufzulösen und die Führung der Regierungspolitik Hitler zu übertragen. Dies geschah mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933. Das deutsche Großkapital konnte sich auf den nächsten Völkermord großen Stills vorbereiten und begann mit der Produktion von Kriegsgütern. Auch im sog. zivilen Bereich wurden die Produktionskapazitäten in steigendem Maße vergrößert, zahlreiche neue Fabriken entstanden. 1939, zu Beginn des Zweiten Weltkrieges, konnten die Siemens-Schuckert-Werke ihr Kapital auf 240 Mill. Reichsmark verdoppeln und die Siemens - Halske - Werke auf das Dreifache auf 400 Mill. Reichsmark erhöhen. Von 1941 an führte Hermann von Siemens die Unternehmen nach dem Tod von Carl Friedrich von Siemens weiter. Hermann von Siemens hatte enge Kontakte zu führenden Nazi-Größen: regelmäßige Spenden von Siemens gingen an den "Freundeskreis des Reichsführers SS" um Heinrich Himmler. 1942 entwickelte der Siemens "Menschliche" Wehrwirtschaftsführer" Gustav Leifer eine neue Lohnenteilung, die im gesamten Reichsgebiet Anwendung fand. Für die Arbeiterschaft verschlechterte sich die finanzielle Lage ständig: die Löhne waren 1934 leicht gesunken und bis 1937 konstant geblieben, in den folgenden Jahren erhöhten sie sich nur leicht, während die Produktivität ständig stieg. Diese Entwicklung wurde auch durch die während des Krieges steigende Zahl von Zwangsarbeitern, die den deutschen Konzernen als Sklaven dienten, geför-

dert. Diese Häftlinge, darunter auch Kinder im Alter von 10-14 Jahren, waren in werkspezifischen Konzentrationslagern untergebracht. Bis Anfang 1943 bestanden bei Siemens gesonderte Abteilungen für jüdische Zwangsarbeiter, die danach der "Endlösung der Judenfrage" durch rationell geplante und technologisch ausgefeilte Massenvernichtung zum Opfer fielen. Siemens war auch technischer Ausrüster für die Vernichtungslager wie Auschwitz, dessen Abgasanlagen für Gaskammern, elektrische Anlagen etc. ebenso geliefert wurden wie elektrische Öfen zur Verarbeitung von Menschenfett. So konnte die Siemens AG wie auch andere Großkonzerne des Deutschen Reiches von sämtlichen Varianten des Völkermords profitieren: als Produzent von Massenvernichtungs- und Waffen für die Front und als Hersteller für Technologien zur Ausrottung "unwerten Lebens", das dem "arischen Menschentyp" widersprach. Nach der Konferenz von Teheran Ende 1943, auf der die Regierungschefs Churchill, Roosevelt und Stalin die Teilung des später besiegten Deutschland beschlossen, traf die Siemens AG Vorbereitungen zur Auslagerung wichtiger Produktionsanlagen in den Westteil des Landes. Der Hauptsitz wurde von Berlin nach München verlegt. Durch seine führende Position und über Kontakte ins Ausland war Siemens rechtzeitig über die Pläne der Alliierten informiert.

Noch kurz vor Kriegsende war Siemens mit der Entwicklung von Raketenbeschossen beschäftigt. Die als "Wunderwaffen" hochgelobten Raketen kamen jedoch nicht mehr in großem Maße in Einsatz. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges restrukturierte sich der verbleibende Teil des Siemens-Konzerns im Westen Deutschlands unter der Führung von Ernst von Siemens. Der von den Amerikanern auf die Kriegsverbrecherliste gesetzte Hermann von Siemens konnte bald mit reiner Weste aus der Internierung zurückkeren. Dies entsprach dem allgemeinen Kurs, den die Alliierten nach einer kurzen "Entnazifizierungs"-Phase in Westdeutschland und Westberlin führten: Um den westlichen Teil Deutschlands so schnell wie möglich wieder aufzubauen und in den antikomunistischen Block der späteren NATO-Länder einzureihen, wurden ganz gezielt "erfahrene" Funktionäre des Faschismus wieder in Schlüsselpositionen in Wirtschaft, Politik, Kultur, Justiz, Polizei, Verwaltung etc. integriert. Auch der Großteil des Kleinbürgertums brauchte seine antikomunistische Grundeinstellung nicht umzustellen, um in der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft bestehen zu können.

Die Berliner Siemens-Führungskräfte von Witzleben, Personalchef und Chef der politischen Abwehr im Hause Siemens, und Benkert, Verbindungsmann zur SS, wurden ebenfalls wieder in ihre Positionen gesetzt. Hermann Josef Abs von der Deutschen Bank bekam von Siemens einen Platz im Aufsichtsrat angeboten.

Die wichtigsten Siemens-Betriebe wurden aus Berlin nach Westdeutschland verlagert. 1950/51 konnte Siemens höhere Umsätze verbuchen als 1937/38, das Jahr der Rüstungshochkonjunktur. Während des Jahres 1951/52 stieg die Beteiligung von Siemens am westdeutschen Gesamtumsatz der Industrie auf 25%. 1952 hoben die Alliierten das Verbot von Produktion im Ausland auf, mit dem deutsche Unternehmen bis dahin auf den Binnenmarkt beschränkt blieben. Siemens errichtete im Laufe der 50er und 60er Jahre Zweigwerke in Österreich, der Schweiz, Schweden, Spanien, Italien, Südafrika, Brasilien, Argentinien, Japan u.a.. Neue Technologien in verschiedenen Bereichen wurden entwickelt, z.B. die Atomtechnologie, deren Entwicklung die Siemens AG in führender Stellung vorantrieb. Aber dazu später noch mehr. Die Umstrukturierung der kapitalistischen Produktionsbedingungen weltweit ist zum einen die Antwort des Kapitals auf die Begrenztheit

heit natürlicher Rohstoffe und das Bestreben, neue Märkte zu schaffen, zum anderen der Versuch, die Arbeiterschaft in den Metropolen als potentielle "Saboteure der Produktion" in innergrößeren Teilen aus dem Produktionsprozess auszuschließen. Die proletarischen Massenkämpfe Ende der 60er Jahre auch in der BRD ("Heißer Herbst"), die sich in den 70er Jahren fortsetzten (Streiks bei Opel/Rüsselsheim) zeigten, daß sich trotz jahrzehntelanger Befriedungspolitik der Gewerkschaften des DGB immer größere Teile der Arbeiterklasse gegen die immer extremeren Arbeitsbedingungen offensiv zur Wehr setzten. Die Fabriken entwickelten sich dabei zu Schmelztiegeln kämpferischer Teile des Proletariats, die den Hauptteil ihrer Kraft aus ihrer Geschlossenheit als Gruppen erzielten. Um diese Entwicklung entgegenzusteuern, wurde die wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der Produktionsautomatisierung zügig vorangetrieben. Die Einführung dieser Technologien in die Produktion verzögerte sich jedoch, weil die damals die Regierung stellende sozialliberale Koalition durch ihre gesteigerten Sozialausgaben den Investitionsrang weiter Bereiche des Kapitals hemmte. Der verstärkte Ausbau des sozialen Netzes, einer der wichtigsten Bestandteile sozialliberaler Aufstandsbekämpfungspolitik verschlang Steuer-

gelder in wachsendem Maße; durch zunehmende Firmenpleiten wuchs die Zahl der Arbeitslosen. Als planstratgisches Mittel zur Bekämpfung der Krise betrieb die Bundesbank Hochzinspolitik, dadurch nahm das Wirtschaftswachstum nur rüßig zu. Von dieser Krisenentwicklung profitierten die Großkonzerne, die mit Hilfe steuerfreier Rückstellungen riesige Geldmengen aufhäufen konnten. So stiegen bei Siemens die Rückstellungen von 3,6 Mrd. DM (1972) auf 12,1 Mrd. DM (1980). Diese immensen Geldsummen wurden zur Abkopplung vom internationalen Kreditmarkt, von staatlicher Konjunkturpolitik und zu Kapitalanlagen im Ausland verwendet. Der Anteil an Fremdkapital an deutschen Unternehmen wurde durch Rückzahlung von Krediten zurückgeschraubt. So ging bei der Siemens AG das Fremdkapital von 18,4 % (1970) auf 3,6 % (1980) zurück. Die Profite aus krisenengeführten Industriebranchen wie z.B. der Stahlindustrie wurden unverteilt; sie dienten zum Teil der Investition in neue Unternehmenszweige wie elektronische Technologien und dem Bau von AKW-Teilen. Außerdem begannen die Großkonzerne, in führender Position auch Siemens, verstärkt Zweigwerke in den Ländern der "Dritten Welt" zu errichten sowie sonstige Kapitalinvestitionen zu tätigen. Die Kapitalanlagen von Siemens betrugen 1974 1 Mrd. DM, zehn Jahre später waren sie auf 2,4 Mrd. DM gestiegen. Seit der Bonner "Wende" 1982 werden die sozialstaatlichen Leistungen zugunsten einer gesteigerten Subventionspolitik für sämtliche Bereiche des Kapitals immer weiter eingeschränkt, die staatliche Überwachungs- und Repressionsmaschinerie wird weiter perfektioniert, um dem Kapital bei der Umgestaltung der Produktion Rückendeckung zu geben. Der wissenschaftliche Forschungsbetrieb, soweit noch relativ eigenständig, wird immer stärker direkten Verwertungsinteressen von Großunternehmen untergeordnet, dafür finanziell stärker von diesen Unternehmen unterstützt. Außerdem werden die firmeneigenen Forschungszentren zu immer größerer Leistungsfähigkeit ausgebaut. Seit Anfang der 80er Jahre hat Siemens seine Mittel für Forschung und Entwicklung mehr als verdoppelt. Im Geschäftsjahr 1986/87 fand ein Zuwachs der Forschungsausgaben um 13% auf 6,1 Mrd. DM statt. Dies ist bei weitem die größte Summe, die ein europäisches Unternehmen für Forschungszwecke aus gibt, wie z.B. für die Entwicklung von Mikroelektronik für die zivile und militärische Luftfahrt und das Raumfahrtprogramm "Ariane".

Im Bereich der Rüstungsproduktion ist die Siemens AG seit Jahrzehnten auf den Vorrang, sich immer weitere Bereiche in Schlüs-

selpositionen zu erarbeiten. Hinter Daimler-Benz, der als Spitzenkonzern der BRD mit AEG, MTU und Dornier fusioniert hat, folgen Messerschmidt-Bölkow-Blom (MBB) mit Krauss-Maffei und an dritter Stelle Siemens. Der Anteil der Rüstungsproduktion im Gesamtumsatz macht bei Siemens offiziell 4,2 % aus, das entspricht 1.203.000.000 DM. Die geschätzten Prozentzahlen für Waffen zwischen 8 und 12%. Neben elektronischer Ausrüstung für Waffensysteme aller Art produziert und entwickelt Siemens auch Sicherungsanlagen für militärische Nutzungsbereiche.

SIEMENS UND DAS AUSLANDSGESCHÄFT

Ende des 18., Anfang des 19. Jhdts., als die ersten großen Konzerne entstehen, ist ihr Hauptauslandsanliegen das Beschaffen von Rohstoffen im Ausland und die Ausbeutung kolonialer Ressourcen. In den fünfziger und sechziger Jahren dieser Jahrhundertts kommen dann verstärkt sogenannte "absatzorientierte Investitionen" hinzu, die vor allem neue Absatzmärkte schaffen sollen. In dieser Periode entstehen viele Tochterunternehmen deutscher Konzerne im Ausland.

Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre werden dann die sogenannten "kostenorientierten Investitionen" - d.h. vor allem die Verlagerung arbeitsintensiver Produktionsbereiche in sogenannte Billiglohnländer immer massiver. Diese drei Faktoren, die Beschäftigung, die Absatzorientierung und die Kostenminimierung sind dabei natürlich untereinander verknüpft. Wenn ein Unternehmen bspw. in der Nähe eines ausländischen Absatzmarktes billig produzieren kann, spart es Transportkosten etc.

Im Rahmen von "Nationalisierungen" und dem Verbot von Mehrheitsbeteiligungen ausländischer Unternehmen Mitte bis Ende der 70er Jahre gelang es vielen Staaten der "Dritten Welt" trotzdem nicht, den Einfluß und die Abhängigkeit von multinationalen Konzernen zurückzudrängen. Als Reaktion auf diese Maßnahmen werden von den Multis häufig Verträge abgeschlossen - im Rohstoffsektor z.B. sogenannte "service-contracts", die es den Metropolenkonzernen weiterhin erlauben, die Ausrichtung der Produktion zu bestimmen. Das sieht am Beispiel Siemens dann so aus: In Brasilien und Mexiko mußte Siemens einer Minderheitsbeteiligung und der Vergabe von Nachbaurechten an einheimische Betriebe zustimmen. Jetzt könnte man annehmen, daß die Siemens-Manager darüber schwer betrübt wären. Doch weit gefehlt. Denn langfristig wird sich die Stärkung der nationalen Präsenz auch geschäftlich vorteilhaft auswirken" (Geschäftsbericht Siemens - Beteiligungsgesellschaft AG, Zürich 84/85). Einerseits bekommt die Siemens AG nämlich so Zugang zu nicht unerheblichen, rein national vergebenen Aufträgen, andererseits kontrolliert sie weiterhin die Geschäftstätigkeit, weil die nationalen Partnerunternehmen nichts vom Geschäft und seinen Märkten verstehen. Beispiel Brasilien: In der Nachrichtentechnik hat Siemens hier das Textilunternehmen Hering als "Juniorpartner".

Und selbst ohne formelle Beteiligung ausländischer Unternehmen wird oft über ein sogenanntes "international subcontracting" - System von den Multis bestimmt, was und wieviel wo produziert wird. Das hängt damit zusammen, daß z.B. in so spezialisierten Bereichen wie der Elektrotechnik (Siemens-Schwerpunkt) der Weltmarkt vom sogenannten "Elektrokartell" kontrolliert wird. In diesem Elektrokartell sind die größten Konzerne dieser Branche - auch Siemens - organisiert.

Diese sogenannten "new forms of investment" lassen Produktion und Rohstoffabbau wie nationale Erfindungen von "Entwicklungs- und "Schwellenländern" erscheinen. Hinter dieser Fassade stehen

die Multis und kontrollieren.

Die fortschreitende Entwicklung der Mikroelektronik und Automatisierung ermöglicht es tendenziell immer mehr Konzernen, bestimmte Produktionsbereiche in die "Mutterländer" zurück zu verlegen, da Maschinen billiger und streikfreier arbeiten. Dadurch wird der Hauptanteil an den Produktionskosten, den Lohn-, Sozial- und Verwaltungskosten in erheblichem Umfang eingespart. Diese sogenannten "Billig-Kosten-Systeme" in Kombination mit wenigen hochqualifizierten Fachkräften sind die Folge in den Industrieländern. Auf diese Weise bleibt die "Hochtechnologie" und das Produktions-know how in den Industrieländern. Gleichzeitig werden die Auslandsstandorte mit (noch) besseren Produktionsbedingungen parallel dazu von den Multis genutzt.

Als Tendenz besteht diese Entwicklung Ende der achtziger Jahre, wobei gleichzeitig das Exportgeschäft in die Entwicklungsländer weitergeht (Siemens AG lieferte bspw. Chile eine vollständige Kupfermühle, in Pakistan stellte sie das Telefonnetz auf digitale Vermittlung um etc.).

Sowohl die national - staatlichen (Bundesmin. für wirtschaftl. Zusammenarbeit, Bundeswirtschaftsmin., Außenmin., Deutsche Entwicklungsgesellschaft, Kreditanstalt für Wiederaufbau etc.) als auch die internationalen Organisationen (IMF, WB, ICSD, OECD, IPC, CTC - alles UN - Organisationen) dienen dem Zweck, ausländischen Kapitalanlegern günstige Bedingungen in den Entwicklungsländern für ihre Ausbeutung zu schaffen und / oder zu garantieren. Dabei ist zu unterscheiden: Während die internationalen Organisationen ihr Hauptanliegen darauf konzentrieren, die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen für die Metropolenkonzerne v.a. in den Entwicklungsländern attraktiv und sicher zu gestalten (Diktate, Restriktionen zur "Stabilisierung" der Wirtschaften von "Dritte-Welt"-Ländern, sprich Sicherheit und Zahlungsfähigkeit gegenüber Industriekonzerne und Banken), sind die bundesdeutschen Institutionen vor allem für die Anbahnung und Beratung bei Auslandsgeschäften, Darlehens- und "Förderungsgewährung", sowie Garantübernahme und Risikoabsicherung von Kapital- und Beteiligungen nationaler Unternehmen zuständig. Genannt wird das Ganze dann Entwicklungshilfe. Siemens ist der bundesdeutsche Hauptprofiteur dieser "Entwicklungshilfe".

Die Kosten und Risiken von Auslandsinvestitionen der Ausbeuter trägt dabei zu einem großen Teil der kleine Steuerzahler. Die "Fördermaßnahmen" (Zuschüsse, Darlehen, Beratung, steuerliche Erleichterungen) für Kapitalanleger im Ausland (v.a. in den "Entwicklungsländern") werden nämlich vom Bund gezahlt.

Geht bei Siemens also ein Auslandsgeschäft mal in die Hose, gibt es immer noch die vom Bund beauftragte Hermes Kreditversicherungs-Aktiengesellschaft, die den Konzernen den Verlust über Steuer-gelder ausgleichen. Wie gut diese jahrelange Zusammenarbeit offiziell wie gesagt "Entwicklungshilfe" genannt - für die Multis klappt, zeigt die Tatsache, daß die von der UNO als unterentwickelt eingestuften Länder sich von 25 (1971) auf heute 39 erhöht haben. Imperialismus in der Maske der "Entwicklungshilfe".

Der damalige Bundesminister für wirtschaftl. Zusammenarbeit, Walter Scheel sagte dazu 1965: "Wir sehen in den privaten Investitionen deutscher Unternehmen einen der wichtigsten Faktoren der Entwicklungshilfe".

Nicht unerheblich ist bei all dem, daß sich durch die Vergabe von Großaufträgen - die für die Wirtschaft der "Entwicklungsländer" völlig sinnlos sind - an ausländische Konzerne (Siemens: AKW-Geschäfte in Brasilien, Argentinien, Militärgeschäfte mit Indien, Telekommunikationsgeschäfte mit Pakistan ...) sowie die Kredit-

aufnahme bei ausländischen Banken der Anteil der Auslands-schulden dieser Länder ständig erhöht. Einerseits der Ausverkauf der nationalen Wirtschaft an die Multis, andererseits Schuldenaufnahme bei deren Banken, um das bezahlen zu können. Gibt es Schwierigkeiten für die Multis in "Entwicklungsländern", ist das Weltbank - Schiedsgericht zur Stelle, können die so ausgeluteten Länder ihre Schulden nicht bezahlen, greift der IWF und die Weltbank ein.

Siemens macht die Hälfte seines Umsatzes im Ausland, davon bis vor wenigen Jahren noch 2/3 in außereuropäischen Ländern. Siemens ist in 128 Ländern vertreten und hat ein weitgestreutes Produktions- und Verkaufsnetz. Der Konzern tätigte vor allem in den siebziger Jahren große Investitionen im Ausland, um eine Verlagerung (sprich Verbilligung) der Produktion zu erreichen. Dabei investierte Siemens bevorzugt in Ländern mit schwachen oder unentwickelten Gewerkschaften. In Lateinamerika wo Verbindungen zwischen dem Elektrokabel und Todesschwadronen öffentlich wurden, entledigte man sich unangenehmer "Störer" schon mal nach imperialistischem Muster.

Als Tendenz Ende der 80er Jahre ist eine Abkehr der Investitionstätigkeit von den "Entwicklungsländern", hin zur Verstärkung der Investitionen in Monopolbereichen der Industrieländer (Automatisierung, Bauelemente, Telekommunikation...) bei Siemens zu erkennen. So gingen die Investitionen von Siemens in den "Entwicklungsländern" auf lediglich 10% (davon 2/3 nach Brasilien) zurück, während die Investitionen in den USA bspw. 1980 10%, 1981 17% und 1985 bereits 50% der Auslandsinvestitionen betrugen. Die verstärkten Firmeninvestitionen in Nordamerika und Japan deuten daraufhin, dass die Siemens AG die bisher verschlafene Entwicklung im high-tech-Bereich nun anfangt aufzuholen. Die 64-Megabit-Chip-Forschung in Kooperation mit Phillips ist ein weiteres Indiz dieser Entwicklung.

DER ATOMULTI SIEMENS - DIE WAA WACKERSDORF UND DIE DEUTSCHE ATOMBOMBE

Die Siemens AG, mit der Deutschen Bank im Rücken, gehört zu den Hauptprofiteuren des deutschen Atomprogrammes. Siemens tätigt seine Atomgeschäfte über folgende Unternehmensbereiche, Tochterunternehmen und Firmenbeteiligungen:

- >Unternehmensbereiche KKW und Interatom
- >Nuklear - Rohr - GmbH (50 %)
- >Alkem GmbH (noch 60 %, dazu später im Text)
- >Reaktor - Brennelemente Union GmbH / RBW (60 %)
- >Gesellschaft für Hochtemperatur-technik / GHT (100 %)
- >RBW - Lagergesellschaft mbH (60 %)
- >Kerniswertungsgesellschaft Schnelle Bruttoreaktoren mbH / KVG (51 %)
- >Sigri GmbH (33 %)
- und...und... (obige Aufzählung ist längst nicht vollständig !)
- >Wichtig noch - über eine 9 % Beteiligung an der Metallgesellschaft ist Siemens auch bei der Uranförderung dabei.

Nach dem sogenannten "Töpler - Plan" sollen im Bereich Brenn-

elemente - Herstellung künftig nur noch zwei Unternehmen tätig sein. Nukem und HOBEG zusammengefaßt unter der Führung der Asea Brown Boveri (ABB)/Babcock wird als Brennelementeproduzent für die HTR - Linie fungieren. Unter Führung der Siemens AG wird die zweite Gruppe, bestehend aus ALXEM, RBW, Advanced Fuels (ANF) und URANIT, für die Brennelemente - Produktion für Siede- und Druckwasserreaktoren und die Plutoniumwirtschaft einschließlich des Schnellen Brütters zuständig sein. Für den großtechnischen Einstieg in die Plutoniumwirtschaft wird damit das Flagggeschiff der BRD - Atomindustrie, die Siemens AG, an die Front geschickt. Bei dem "Töpler - Plan" zur Neuordnung der Atomwirtschaft - der Zentralisierung in den Bereichen Entsorgung, Atomtransporte und Brennelementeherstellung sowie die Schaffung eines "Bundesamtes für Strahlenschutz" - geht es in erster Linie um eine Rationalisierung im Sinne eines reibungslosen Funktionierens der Atomwirtschaft, einer Zentralisierung von Entscheidungsstrukturen. Was nach den Henauer Atomskandalen von "Spiegel" ("Töpler - Totengräber der deutschen Kernenergie", "Kleine Revolution") bis TIZ ("USO Töpler") als Töpfers Konzept der Neuordnung gefeiert wurde, ist von der Atomindustrie selber abgesteckt worden. Es kursierte schon vor Aufdeckung des Transnuklear - Skandals in der Atomwirtschaft, allerdings als "Herrenhausen - Papier". Herrenhausen ist Vortrassprecher der Deutschen Bank und persönlicher Berater des Bundeskanzlers sowie Mitglied im Deutschen Atomforum. Auf Grund der engen Beziehungen der Deutschen Bank zur Siemens AG (der Konzern gehört zur Finanzgruppe der Deutschen Bank) liegt es auf der Hand, daß die strategische Neuordnung der Atomindustrie - die ja eine Beschleunigung des Atomprogrammes einschließt - die Interessen der Siemens AG berücksichtigt. Besonders auch die Interessen der Siemens AG berücksichtigt.

Die Siemens AG war über ihre Tochter, jetzt Unternehmensbereich, KKW am Bau von 25 der 29 Reaktorblöcke in der BRD beteiligt. Mit Interatom erstellte sie den noch nicht in Betrieb genommenen Schnellen Brüter in Kalkar. - Schrieb schon am 20.9.85 das damalige Siemens-Vorstandsmitglied und Chef des Zentralbereichs Forschung und Technik Beckurts in einem Brief an NRW-Ministerpräsident Rau, daß bei einer politischen Ablehnung des Brütters das internationale Ansehen der exportorientierten deutschen Wirtschaft "leiden würde und wirtschaftlicher Schaden entstünde. So ist Ähnliches in jüngster Zeit von Beckurts -Nachfolger Kaske zu vernehmen. Kaske sprach sich am 8.5.88 in einer Rede vor der Düsseldorfer Wirtschaftspublizistischen Vereinigung für die Inbetriebnahme des Schnellen Brütters aus. u.a. weil "eine führende Wirtschaft wie die deutsche es sich nicht leisten kann, auf eigene Erfahrungen mit einer solchen Technologie zu verzichten". Aktuell wird damit nochmals sehr klar, was die Siemens AG von einem atomaren Ausstieg der BRD hält. Das größte Projekt im Nuklearbereich, ebenfalls in Bayern, ist die WAA in bayerischen Wackersdorf. Ebenfalls in Bayern, in Karstein, arbeitet Siemens an einer Zentralen Verarbeitungsanlage für Brennbaren Atomwüll. Der Inlands - wie Auslandsmarkt für Atomanlagen ist stagnierend. So engagiert sich Siemens verstärkt in dem Bereich Reparatur und Wartung. Neue Hoffnung legt Siemens in der geplanten Produktion von kleinen Hochtemperaturreaktoren (mit einer Leistung von 100 Megawatt). Siemens Interatom hat in Niedersachsen die Genehmigung für den Bau eines HTR gestellt. Standortunabhängig soll die gesamte HTR - Linie geprüft werden. Wolfgang Steinwatz (Interatom/Siemens) "wenn wir die von uns angestrebte standortunabhängige Konzeptionserhaltung erhalten, dann können wir sicher sein, daß auch internationale Genehmigungsanforderungen abgedeckt sind". Der

Mini - Reaktor, in Serie beim Hersteller vorgefertigt, soll erst 6 Monate vor Inbetriebnahme vor Ort montiert werden, soll später nicht nur Strom liefern sondern auch zur "universellen Wärmeenerzeugungseinheit" (als Industriekraftwerk für d.Chem. Ind., zur Fernwärmeerzeugung, Kohleveredlung, Wasserspaltung, etc.) dienen. Siemens steht in Verhandlungen zwecks Zusammenarbeit mit der ABB, dem zweiten HTR-Bauer (Hamm - Uentrop). Das bayrische Energieunternehmen Isar - Aperwerke erteilte im Mai 88 der ABB den Auftrag für einen Sicherheitsbericht über den HTR 100. Mit dem HTR - Bau soll der AKW - Bau in der BRD, insbesondere der Export wieder in Schwung kommen. Siemens erhofft sich mit dem HTR einen neuen Exportschlager in der "3.Welt". Die Weltbank hat erkennen lassen, dass sie in den nächsten Jahren verstärkt Nuklearenergie fördern werde, besonders kleine, auf die Bedingungen in den meisten "3.Welt"-Ländern abgestimmte Reaktoren, wie eben die neuen HTR 100 von Siemens.

Bislang hat Siemens in den militärisch relevanten Bereichen des Atomgeschäftes die besseren Chancen gegenüber anderen ausländischen Firmen. Denn, der zeitliche und technische Rückstand der deutschen Atomwirtschaft gegenüber den USA, Frankreich, Großbritannien wurde später durch eine besonders aggressive Exportpolitik wettgemacht. In der BRD gab bzw. gibt es trotz Atomwaffenstillstand alles, was seitens der anderen Atommächte mit Kontrollen verbunden wäre - wie z.B. Wiederaufbereitung und Urananreicherung - auch ohne Auflagen. Dazu 1978 SPD-Kanzler Schmidt: "Das Risiko der Weiterverarbeitung von Kernwaffen wird nicht dadurch geringer, daß die Bundesrepublik mehrere zehntausend Arbeitsplätze vernichtet und auf den Export erstklassiger Technologien verzichtet". Bei KWU / Siemens - Kunden in der "3.Welt" handelt es sich durchweg um Länder in Krisengebieten, oft mit latentem Kriegszustand gegen die eigene Bevölkerung oder gegen Nachbarländer, mit denen sie sich in einem Rüstungswettlauf befinden. Doch der zur Zeit stagnierende Weltmarkt für schlüsselfertige AKW's, hat dazu geführt, daß Siemens seit 5 Jahren keinen Neuauftrag mehr für den kompletten Bau eines AKW's, insbesondere in der "3.Welt", bekommen hat. Dies liegt vor allem an der inzwischen rapiden Zunahme der Verschuldung der dortigen atomaren Schwellenländer. Deren Ursprünge (zu einem erheblichen Teil) in den größten Wahnsinnigen Atomplänen, den Importen von Atomanlagen selbstiger Staaten in der Vergangenheit zu finden sind.

So umfaßt das Siemens - Atomgeschäft mit Brasilien eine Finanzsumme von :

- > 12 Mrd. DM laut Vertrag von 1975
- > 60 Mrd.DM tatsächliche Kosten heute, trotz eines mittlereweile stark reduzierten Programmes.
- > dagegen stehen 120 Mrd. US Dollar Auslands-schulden Brasiliens

Das 1975 zwischen der bundesdeutschen Reaktorindustrie, der Bundesregierung und der brasilianischen Militärdiktatur abgeschlossene Atomabkommen umfaßte acht AKW's vom Typ Biblis mit je 1000 Megawatt, eine Reaktor - und eine Brennelementefabrik, eine Fabrik zur Erzaufbereitung, einer Urananreicherungsanlage und eine WAA. Nicht daß deutsche Nukleartechnik besser oder billiger wäre als die der Konkurrenten Westinghouse oder General Electric. Das Firmenkonsortium unter Leitung von Siemens setzte sich allein deswegen durch, weil es bewußt auch Lieferungen anbot, die ausdrücklich durch den Atomwaffenstillstandsvertrag untersagt sind : WAA und Urananreicherungsanlagen. Für Diktator Ernesto Geisel war dieser Teil des Vertrages die Hauptsache. Zum Zweck des eigenen Machterhalts, angetrieben durch die Aussicht auf eigene Atomwaf-

fen, war die brasilianische Diktatur bereit, dieses volkswirtschaftliche Harakiri zu unterschreiben. Mehr als 12 % des Schuldenbergs Brasiliens sind auf dieses Abkommen zurückzuführen. Auf Grund massiver US - amerikanischer Kritik und Drucks (Uranboycott gegen die BRD und Sperrung von Technologie für Wiederaufbereitung und Anreicherung) kam der Deal zum Platzen. WAA und Anreicherungsanlage sowie zwei Reaktoren wurden aus dem Vertrag mit Brasilien gestrichen. Allein die Arbeit an zwei im Bau befindlichen KWU - Reaktoren in Angra gehen seither nur noch im Schneckentempo voran. Stattdessen beiläufig man sich mit Siemenshilfe (KWU / Interatom) den Brennstoffkreislauf im Forschungs-raßstab zu realisieren. Dies senkt die Kosten und führte schneller zum Ziel. Die Siemens-Tochter RBU liefert Brennelemente und angereichertes Uran. So konnten Ende 1987 die brasilianischen Generäle stolz verkünden, daß die Aree von nun an in der Lage sei, einen eigenen Atomsprenkopf zu zünden.

Der nukleare Anoklauf Argentiniens begann 1968 mit dem Bau eines Schwerwasserreaktors durch Siemens. Für die Stromerzeugung unrentabel, dient er der Brennstoffentnahme bei laufendem Betrieb für militärische Zwecke. 1979 begann Siemens / KWU mit dem Bau eines weiteren Natururanreaktors in Atucha.

Die Bundesregierung schloß mit Argentinien ein Atomabkommen über Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung, Uranabbau, Brennelementherstellung und Personalausbildung. Die 2,6 Mrd. DM dafür werden zu einem Drittel von Argentinien und je einem Drittel von privaten Banken und der Kreditanstalt für Wiederaufbau finanziert. Die Kreditanstalt ist nach seiner eigentlichen Aufgabenbestimmung ein staatlich gefördertes Instrument der "Entwicklungshilfe". Tatsache ist aber, daß durch die Atomtechnik die Volkswirtschaft Argentiniens zurückgeworfen, nicht "entwickelt" wird. Entwickelt wird allein die Atomwirtschaft, mit Siemens an der Spitze. Argentinien verfügt durch die Hilfe der BRD über den gesamten Brennstoffkreislauf und alle Schlüsseltechnologien zum vollkommen eigenständigen Bau von Atomwaffen.

Seit der Lieferung von zwei Forschungsreaktoren an Peru, ist Argentinien intensiv bemüht, als Atom - Exporteur "3.Welt" - Länder mit vereinfachten Reaktoren zu versorgen. Sie stellen auf Grund ihrer reduzierten Sicherheitseinrichtungen ein erhöhtes Risiko dar. Argentinien arbeitet bereits mit Algerien, Libyen, Bolivien, Chile, Ecuador, Guatemala, Venezuela, Uruguay, Paraguay und Indien zusammen. Die skrupellosen Exportgeschäfte der Siemens AG sind im Begriff, in nahezu allen Spannungszonen der Welt, eine Kettenreaktion in der Verfügung über Atomwaffen auszulösen.

1976 schloß Siemens / KWU mit Irans Diktator Schah Reza Pahlawi einen 10 Mrd. DM Vertrag über den Bau von zwei AKW's der Biblis - Klasse. Vier weitere sollten zu späteren Zeitpunkt nach Absicht des Schahs folgen. Nach seinem Sturz forderte der Iran erfolglos über 1,5 Mrd. DM für nicht gelieferte Teile von der KWU zurück. Statt dessen erhielt die KWU 85 Mill. DM vom deutschen Steuerzahler über die "Hermes Ausfuhrbürgschaft". Doch 1982 kam die KWU auch mit dem Khomeini - Regime ins Geschäft, der alte Streit wurde beigelegt und die KWU verpflichtete sich, die bis zu zwei Drittel fertiggestellten Reaktoren in noch vierjähriger Bauzeit zu vollenden. Durch irakische Luftangriffe kam das Geschäft zum Erliegen.

Zentrale Voraussetzung für Südafrikas Atomombe war eine Erfindung des Atomforschungszentrums Karlsruhe. Das Trenndusenverfahren zur Anreicherung. Der staatseigene STEAG-Konzern verhöhrte an die RSA die Lizenz dafür. MBB und Siemens lieferten die Teile. 1977 produzierte die Pilotanlage 55 kg hochangereichertes, waffenfähiges Uran. Seit 1978 baut Siemens / KWU eine noch größere Urananreicherungsanlage mit 50 Tonnen Jahresleistung. Im Septem-

ber 1979 zündete die RSA im Indischen Ozean ihre erste Atomombe. Nahezu die gesamte Infrastruktur für seine Atomombefabriken bekam Südafrika aus der BRD. Die bundesdeutsche Atomwirtschaft führt im Gegenzug unter Verstoß gegen das Völkerrecht Uranerz aus dem von Südafrika besetzten Namibia ein.

Obwohl die Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO wiederholt der Öffentlichkeit Beweise für die Waffenlieferungen und atomare Entwicklungshilfe der BRD an Südafrika vorlegten, wurde dies bisher von allen Bundesregierungen geleugnet. Ohne Eindruck blieben auch mehr Verteilungen durch die OAU, die Bewegung der Blockfreien und der UNO. Wen wundert's, wenn Unternehmen wie Siemens, durch Regierungsaufträge Bonner Lügen gedeckt, sich ermuntert sehen, sich an überhaupt nichts mehr zu halten.

Als sich die USA mit Indien nach dem Zünden einer indischen Atomombe überwarf (der damalige US - amerikanische Partner General Electric ein Exportverbot für Indien erhielt), sprang Siemens / KWU beim Bau des AKW's Tarapur ein. Hierfür verschachtelte die KWU gewinnbringend Schrottersatzteile aus ihrem wegen zahlloser Unfälle stillgelegten Reaktor in Grundreamingen. Weiterhin liefert Siemens Ingenieurlösungen bei Reparatur, Umrüstung und Dekontamination an Indien.

Die Lieferung von zwei AKW's an China für 4 Mrd. DM durch Siemens ist wegen Devisenangel Chinas zunächst verschoben worden. Das könnte sich jedoch bald ändern, wenn Pläne der Bundesregierung und der Atomindustrie voranschreiten, Atomwille einfach in Chinas Wüstenregionen zu vergraben. Das starke Interesse Chinas an einem Atomgeschäft mit Siemens findet besonderen Ausdruck in der Ernennung von Hans - Heinrich Freuer zum Atomberater des chinesischen Ministeriums für Nuklearindustrie in Peking. Freuer war Vorstandsmitglied der KWU und ist heute noch Berater des Siemens-Vorstandes.

Wie vorher schon erwähnt, ist das größte atomare Projekt, an dem die Siemens AG zur Zeit arbeitet, die WAA im bayerischen Wackersdorf. Die Baukosten werden auf mindestens 10 Mrd. DM geschätzt. Saftige Profite für die Atomindustrie, verbunden mit verbesserten Chancen im internationalen Nukleargeschäft. Siemens / KWU ist federführend im WAA - Baukonsortium, an dem außerdem beteiligt sind:

Kraftanlagen AG
Nukem GmbH
Uhde GmbH
Lurgi GmbH
Hochtief AG
Heitkamp GmbH
Dyckerhoff + Widmann AG - (Siemensbeteiligung 13%)
Betreiber ist die DMK (Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen mbH) - Die WAA soll dazu dienen, Plutonium oder Uran abzutrennen, um beides wiederverwenden zu können.

Von vielen Fachleuten belagt (selbst aus den Reihen der Atomindustrie) geht es beim WAA - Bau nicht darum, wie die Bundesregierung behauptet, zukünftig Strom billiger zu machen, die Umwelt zu schonen, den Atomwille zu verringern oder die Stromversorgung zu sichern. Ganz im Gegenteil! Warum dann dieses Mammutprojekt? Ausschneit aus einer TAZ - Interview mit Umweltminister Töpfer vom 25.7.87: "TAZ: Sie kennen den Vorwurf, daß die WAA den technologischen Schlüssel bietet für die Herstellung von waffenartigen Plutonium. Sollte man nicht auch wegen dieser Möglichkeit auf das Projekt verzichten? - Töpfer: Ich wehre mich mit größtem Nachdruck gegen die Unterstellung, daß mit der WAA die Option

ANGREIFE

auf eine Waffenproduktion offengehalten wird. Wir haben in der Bundesrepublik eine funktionsfähige Demokratie, und wir haben mit der Atomwaffenexportvertrag ein eindeutiges Wort gesprochen. Ich halte diese Unterstellung für eine Vergiftung des Klimas, die viel schlimmer ist als jede Beschäftigung mit der Kernenergie und die einen größeren Sprengstoff für die Stabilität unserer Gesellschaft beinhalten."

Das es sich bei der Wiederaufbereitung um eine alltägliche Schlüsseltechnologie handelt, ist weltweit bekannt. Auf dem Gorbelen - Hearing 1979 erklärte z.B. der ehemalige Direktor des Stockholmer Friedenszentrums SIPRI, "der Bau der WAA würde unweigerlich den Verdacht nähren, daß mindestens ein Zweck der Anlage der sei, der BRD die Option zu geben, zur Herstellung von Kernwaffen für eine nationale nukleare Streitmacht in minimaler Zeit in der Lage zu sein".

Über drei Wege läßt sich mit Hilfe der WAA hochwertiges Waffenplutonium gewinnen:

- indem normale AKW's nach kurzfristigen Betrieb abgestellt und das waffenreine Plutonium aus denen kurzzeitig bestrahlten Brennelementen in der WAA abgetrennt wird
- indem mit Hilfe von Laserstrahlen das Plutoniumisotop 239 angereichert wird. Die Entwicklung der Laser - Isotopentrennung wird seit 1971 durch das Bundesforschungsministerium gefördert und soll zum voraussichtlichen Zeitpunkt der WAA - Inbetriebnahme einsatzfähig sein.
- indem das Reaktorplutonium durch Einsatz im Schnellen Brüter Kalkar zu Waffenplutonium umgewandelt wird.

Die Indizien für die Atomacht - Ambitionen der BRD haben sich in den letzten Jahren vervielfacht:

- Aus energiewirtschaftlichen oder entsorgungspolitischen Aspekten ist der Bau z.B. der WAA nicht abzuleiten.
- Im staatlichen Plutoniumbunker in Hanau (Alkem) sind soviel potentielle Atomwaffenrohstoffe an einem Ort konzentriert wie in keinem anderen Nicht - Atomwaffenstaat der Welt.
- Der SPD - Bundestagsabgeordnete Roth enthüllte 1986 Dokumente, in denen für die Zeit von 1975 - 1982 nachgewiesen wurde, daß im Auftrag des Verteidigungsministeriums die Frauhofer - Gesellschaft umfangreiche Studien zur Optimierung von Atomwaffenendstages anfertigte - also Atomwaffenforschung betrieb.
- Nach Plänen der Bundeswehr (1987) sollen in den nächsten 10 Jahren atomare bestückbare Raketen (LR - Sow) mit max. 600 km Reichweite hergestellt werden. Da dieser Marschflugkörper vom überschallischen TORNADO abgesossen wird, können bei einer Addition der Tornado-Eindringtiefe zu der Raketenreichweite, Ziele innerhalb der UdSSR angegriffen werden.
- Sommer 1987, als sich ein Vertrag über die "Doppelte Nulllösung" zwischen den USA und der UdSSR abzeichnete, stellte die BRD mit ihrem Beharren auf die Pershing 1a das letzte entscheidende Abrüstungshindernis dar. Die Bonner Regierung erklärte, daß diese Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite plötzlich zu den "Drittstaaten systemen" gehörten, über die UdSSR und USA gar nicht verhandeln durften. Diese Raketen sollten, wie die "Drittstaaten systeme" von England und Frankreich in Vertrag ausgeliefert werden. Der "Drittstaaten" und Atomraketenbesitzer sollte in diesem Fall die BRD

Kredite-Ratenkäufe-Darlehen-Versandhausschulden-Hausfrauenkredite: Die Banken melden riesige Gewinne!

Kein Wunder: die ALLbank gehört zur Berliner Bank, die AKB zur Commerzbank, die Norrisbank zu Quelle und die KKB zur Citibank-diese ist auch international im Verschuldungsgeschäft!

1979/80 begann die Hochzinspolitik Reagan's um das Haushaltsdefizit und die Rüstungsausgaben der USA auszugleichen, Kapital in die USA zu locken.

Die Folgen: über Nacht verteuerten sich die Kredite hier- und auch in der sog. 3. Welt. Die Schulden dieser Länder vervielfachten sich auf **zwischen 1200 MRD.DM!**

Hier wie dort:

es gibt keine perfektere Möglichkeit Menschen oder ganze Länder auszubeuten als mit dem Mittel der Verschuldung!

Für das kapitalistische Machtkartell heißt das: "ihr" Geld arbeitet, gerade weil es nicht zurückgezahlt werden kann.

Die Bilanz der KKB zeigt es deutlich:

DIEBE!

Für 8 Mrd.DM an verliehenen Geldern hat sie 1 Mrd.Zinsen kassiert-für von der Bank selbst aufgenommene "Verbindlichkeiten" auch in Höhe von 8 Mrd.DM nur 350 Mio.DM Zinsen gezahlt.

Die Bank hat also 650 Mio.DM kassiert!

Genauso wie hier die Menschen immer mehr Kredite zu den Bedingungen der Blutsauger aufnehmen müssen, erhalten die Länder der sog. 3. Welt nur noch Kredite zu mörderischen Bedingungen, die die Vernichtung und Verelendung der Menschen zur Folge haben.

Diese Bedingungen diktieren der **Internationale Währungsfond** und die **Weltbank**.

- Einfrieren der Löhne
- Streichung der Zuschüsse für Grundnahrungsmittel, Strom, Wasser öffentl. Verkehrsmittel
- Kürzung der Ausgaben für Bildungs- und Gesundheitswesen
- Massenentlassungen/Privatisierungen
- Umstellen der Wirtschaft auf Exportwirtschaft (d.h. Märkte für die Multis)

Die Verantwortlichen für die Politik der Banken und Multis treffen sich vom 26.-29.9.88 hier in Berlin

Ausgelöst wurde die Verschuldungslawine in den 70er Jahren: die west-deutschen Banken entdeckten den einheimischen Kreditmarkt, da sie auf Geldbergen saßen, die sie in der Industrie nicht profitabel genug unterbringen konnten. Sie starteten

einen aggressiven Werbefeldzug hier, um die BundesbürgerInnen vom **Sparen zum Pumpen** zu bewegen und boten den sog. 3. Welt Ländern Kredite zu weniger als 1% Zinsen an. Die Zinsen für Kleinkredite wurden von 15,7% auf 7,5% heruntergesetzt.

Die Bankmafia und der IWF tagen-bereiten wir ihnen einen gebührenden Empfang!

Schuldenzahlung verweigern-international Internationalen Frauenwiderstand organisieren!



- Freitag, 9.9.88** 19.00 Uhr Konzert gegen IWF/WB in der alten TU Mensa-Kohle geht an EA und Knastinfotelefon
19.00 Uhr "JU diskutiert mit Politikern" Junge Union in der Hardenbergstr.29 (von 18.00 Uhr an streunt Lummer mit der JU durch Charlottenburger Kneipen-Treffen: im "Sportlertreff", Sommeringstr.35)
- Samstag, 10.9.88** 15.00 Uhr IWF und Türkei, Veranstaltung des Informationsbüros Türkei e.V. im Mehringhof
- Sonntag, 11.9.88** nachmittags und abends Fest im Görlitzer Park
"Chaos gegen Dollars"
16.00 Uhr Frauenkiezcafe
20.00 Uhr Film im EX "Sie zerstörten unsere Hütten"
- Montag, 12.9.88** 19.00 Uhr Grauzone-Veranstaltung zu Arbeitsweisen von VS, Bullen im EX
- Dienstag, 13.9.88** 20.00 Uhr Video im EX zu Kubat
- Mittwoch, 14.9.88** und 15.9.88 jeweils 21.00 Uhr Film im KOB
"Multinationale Konzerne" und "eine wahre Sache"
abends: Filme im Falckeladen (Frauenveranstaltung)
(Knetesammeln...)
- Donnerstag, 15.9.88** 18.00 Uhr Vorbereitungstreffen der TAXISTAS für Taxikorso in der Nostiz 6
- Freitag, 16.9.88** 18.00 Uhr TU Audimax Infoveranstaltung des Asta zu Bullenvorbereitungen während der Tagung. Aussaeverweigerung und Aktionstagen
21.00 Uhr Kiezdisco im Syndikat
- Samstag, 17.9.88** 15.00 Uhr Straßenfest am Mauerplatz
- Sonntag, 18.9.88** Demo gegen das Treffen der Deutschen Volksunion in Passau-9.30 Uhr Treffen Rathausplatz Passau

GRAUZONE



ARBEITS-
WEISE UND
METHODEN VON
VERFASSUNGSSCHUTZ-STAATSSCHUTZ UND
BULLEN

OBSERVATION VERHÖRMETHODEN V-LEUTE ...

VERANSTALTUNG IM EX AM 12.9. UM 19 UHR
MEHRINGHOF GNEISENSTR. 2A